



**Kann oder soll es Sektoren geben,
die dem Markt entzogen werden
und gibt es in dieser Frage
einen (unüberbrückbaren) Hiatus
zwischen ‚sozialethischer‘ und
‚ökonomischer‘ Perspektive?**

Nils Goldschmidt

06/4

Freiburger

Diskussionspapiere

zur Ordnungsökonomik

Freiburg

Discussion Papers

on Constitutional Economics



**Kann oder soll es Sektoren geben,
die dem Markt entzogen werden
und gibt es in dieser Frage
einen (unüberbrückbaren) Hiatus
zwischen ‚sozialethischer‘ und
‚ökonomischer‘ Perspektive?**

Nils Goldschmidt
06/4

**Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik
Freiburg Discussionpapers on Constitutional Economics**

06/4

ISSN 1437-1510

Walter Eucken Institut, Goethestr. 10, D-79100 Freiburg i. Br.
Tel.Nr.: +49 +761 / 79097 0; Fax.Nr.: +49 +761 / 79097 97
<http://www.walter-eucken-institut.de>

Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung; Abteilung für Wirtschaftspolitik;
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, D-79085 Freiburg i. Br.
Tel.Nr.: +49 +761 / 203 2317; Fax.Nr.: +49 +761 / 203 2322
<http://www.vwl.uni-freiburg.de/fakultaet/wipo/>

Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden und gibt es in dieser Frage einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialethischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive?*

Von Nils Goldschmidt

A. „Der garstig breite Graben“

Mit dem „garstig breiten Graben“ beschrieb Gotthold Ephraim Lessing sein Unbehagen über den Hiatus von zufälligen Geschichtswahrheiten und notwendigen Vernunftwahrheiten, den zu schließen er sich außer Stande sah: „Das, das ist der garstig breite Graben, über den ich nicht kommen kann, so oft und ernstlich ich auch den Sprung versucht habe. Kann mir jemand hinüber helfen, der tue es; ich bitte ihn, ich beschwöre ihn. Er verdienet ein Gotteslohn an mir ...“¹ Diese Scheidelinie zwischen historisch-bedingten und historisch-vermittelten „Wahrheiten“ und *einer* „erstphilosophisch“ begründeten objektiven Wahrheit² scheint – freilich in profanisierte Form – auch das Verhältnis von Marktwirtschaft und Sozialpolitik bzw. Sozialwirtschaft³ zu belasten.⁴ Ist nicht letztlich die „soziale Not“ jedes Einzelnen, in seiner je historischen und kulturellen Ausprägung, ein unüberbrückbarer Widerspruch, ein „garstig breiter Graben“, zur inneren Stringenz und Allgemeingültigkeit vernunftgeleiteten, ökonomischen Handelns und der von Ökonomen oft als objektiv erachteten Gesetze des Marktes? Oder allgemeiner formuliert: Wenn es ein „reines“, idealtypisches System des Marktes gibt, welcher Weg führt dann von dort zur sozialen Lebenswelt? Andererseits: Warum überhaupt sollten einzelne Bereiche dem Markt entzogen werden, wenn doch nur Märkte effizient im Sinne einer optimalen Ressourcennutzung sind und so dem Nutzen aller und jedes Einzelnen dienen?

Die folgenden Überlegungen wollen diesen Fragen eine systematische Antwort geben und dabei versuchen, einige Grundelemente einer Theorie der Sozialpolitik

* Werner Schöning, Gerold Blümle und Anne van Aaken gilt mein Dank für die Diskussion des Textes, kritische Anmerkungen und weiterführende Hinweise.

¹ Lessing (1777/1979), S. 12.

² Zur Debatte um den „garstig breiten Graben“ in Philosophie und Theologie siehe vor allem Verweyen (2002) und Ohlig (1996).

³ Im Folgenden soll nicht zwischen Sozialpolitik, dem hier zumeist benutzten Begriff, und Sozialwirtschaft unterschieden werden, zumal beide Begriffe kaum eindeutig definiert sind. Entsprechend steht hier auch nicht das organisatorische Verhältnis von staatlichen, privaten und freien Trägern sozialer Dienstleistungen im Mittelpunkt, sondern die dahinter stehende Frage nach dem generellen Zusammenspiel von „sozialer“ und „ökonomischer Sphäre“.

⁴ Mit Max Weber hat die Idee eines „hiatus irrationalis“ zwischen Begriff und Wirklichkeit Eingang in die sozialwissenschaftliche Debatte gefunden; vgl. Weber (1922), S. 15 ff. Max Weber selbst übernimmt die Idee des „hiatus irrationalis“ wohl von Heinrich Rickert. Siehe zum Ganzen: Oakes (1990). Philosophiegeschichtlich finden sich Bezüge vor allem zur Wissenschaftslehre Fichtes (Riedel 1999). Zur Bedeutung des „hiatus irrationalis“ für die erkenntniskritische Grundlegung der Ökonomie im frühen 20. Jahrhundert siehe jetzt auch Rauchenschwandtner (2005), S. 492.

offen zu legen, die den Bedingungen einer modernen Gesellschaft und Marktwirtschaft entsprechen. Hierbei werden aber nicht die einzelnen, konkreten Problemfelder einer modernen Sozialpolitik angesprochen. Vielmehr erscheint mir die Einsicht unausweichlich, dass konkrete Lösungen in den Bereichen Krankheit/Pflege, Arbeitslosigkeit und Ausbildung nur dann gelingen werden, wenn ihnen zunächst eine systematische Gesamtkonzeption gesellschaftlicher Prozesse zugrunde gelegt wird. Für eine solche Gesamtkonzeption und ihren Begründungsstrukturen sollen hier Denkanstöße geliefert werden.

Dabei werden zunächst einige Vorschläge zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik kritisch betrachtet, wie sie im Gefolge der Debatte um eine „rationale“ Sozialpolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute diskutiert werden (Abschnitt B.). Dass eine einheitliche Gesamtkonzeption von Wirtschafts- und Sozialpolitik sich nur auf der gesamtgesellschaftlichen bzw. konstitutionellen Ebene verwirklichen lässt, soll unter der Idee einer „Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik“ erörtert werden (Abschnitt C.). Für die Konzeption einer integrativen Wirtschafts- und Sozialpolitik wird sodann der Entwurf einer „Sozialpolitik mit dem Markt“ vorgestellt, wie er sich aus dem Ansatz der Freiburger Schule ergibt (Abschnitt D.). Zielgröße und Legitimationsgrund einer so verstandenen Sozialpolitik ist der Einzelne. Folglich ist die Inklusion des Einzelnen in die Gesellschaft und in das ökonomische System die vordringliche Aufgabe der Sozialpolitik gegenüber einer rein materiell verstandenen Fürsorge (Abschnitt E.). Zum Abschluss soll die Frage nach dem „garstig breiten Graben“ nochmals aufgegriffen und im Licht der vorgelegten Überlegungen bedacht werden (Abschnitt F.).

Durchgängig werden dabei im „Hintergrund“ der folgenden Ausführungen die Fragen mitgeführt, die im Titel des Beitrags angesprochen sind. Kann oder soll es unter den Bedingungen der Moderne Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden? Gibt es einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen sozialem (moralischem?) und ökonomischer Perspektive? Es wird sich zeigen, dass zur Beantwortung dieser Fragen einige Differenzierungen und inhaltliche Klärungen nötig sind. Zudem fallen die Antworten auf die beiden Fragen keineswegs einheitlich aus.

B. Von der Kunst des sozialen Wollens zur Technik der Sozialpolitik

In den tiefen Graben zwischen sozialer und ökonomischer Welt scheint die Debatte um das Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik, zumal die deutschsprachige, seit langen Jahrzehnten verschüttet zu sein. Mit dem Ende wohlmeinender, aber gleichwohl sozialpaternalistischer Vorstellungen der Historischen Schule um Gustav von Schmoller und dem gleichzeitigen Aufstieg einer *ökonomischen* und

rationalen Theorie der Sozialpolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts⁵ war die Hoffnung verknüpft, sich gleichsam auf die eine Seite des Grabens zu retten und auch die soziale Frage unter dem Primat ökonomischer Vernunftwahrheiten anzugehen. Heinrich Herkner, Nachfolger Schmollers auf dessen Berliner Lehrstuhl und im Vorsitz des Vereins für Sozialpolitik, beschwor seine Kollegen bereits fünf Jahre nach dem Tod seines Lehrers auf der Tagung zum 50. Jubiläum des Vereins im Jahr 1922, dass eine „Absonderung der Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik heute weniger denn je möglich erscheint. Eine erfolgreiche Produktions- und Valutapolitik ist unter gegenwärtigen Verhältnissen die weitaus beste Sozialpolitik, die überhaupt getrieben werden kann“⁶. In ähnlicher Richtung argumentierte auch Joseph Schumpeter in seiner Würdigung Schmollers aus dem Jahr 1926: „[I]mmer näher kommt die Zeit, in der das soziale Wollen einheitlich genug sein wird, um in jeder gegebenen Situation Zielsetzung mit den Mitteln der Wissenschaft möglich zu machen. ... Das ist auch der Sinn, in welchem Schmoller Werturteile ausgesprochen und Ziele gesetzt hat. ... Nur dass zu dieser Zeit eine Kunst war, was einmal eine Technik werden wird.“⁷ Der junge Götz Briefs, 1923 auf den Lehrstuhl für theoretische Nationalökonomie in Freiburg berufen, verortete in dieser Neuausrichtung der Sozialpolitik als Sozialtechnik gar einen „geistesgeschichtlichen Wendepunkt“⁸ und sah sich zu der Frage veranlasst: „Hat Sozialpolitik als von der Wirtschaftspolitik getrenntes System von Zwecken, Handlungen und Einrichtungen überhaupt noch Daseinsberechtigung?“⁹ – eine rhetorische Frage freilich, die er damals mit einem klaren „Nein“ beantwortete.¹⁰ Die von Götz Briefs aufgeworfene Frage ist bis in die jüngste Zeit virulent.¹¹

Für die jüngere Diskussion um eine an marktlichen Prämissen ausgerichtete Sozialpolitik kann der viel beachtete Artikel „Arbeit und Soziales im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung“ von Armin Gutowski und Renate Merklein aus dem Jahr 1985 gelten, der rückblickend gar „als Vorläufer einer wirtschafts- und sozialpolitischen Neuorientierung“¹² eingeschätzt wird, wiewohl die Argumentation des Textes stellvertretend für viele ähnliche Beiträge seit Mitte der 1980er Jahre ist: „Ludwig Erhard und der Kreis um ihn fußen ... sehr wohl auf einer konsistenten Theorie, auf der Theorie des dynamischen, von Marktmacht nicht verzerrten Wettbewerbs. Es fehlte aber eine der Marktwirtschaft adäquate Theorie des Sozialen. Es fehlte ihnen an theoretischer Fundierung dafür, was genau unter dem Rubrum ‚Arbeit und Soziales‘ alles erforderlich sein sollte und wie es zu verwirklichen sei, ohne die Effizienz und die sonstigen Vorteile von Marktwirtschaft und Rechtsstaat auf

⁵ Zu dieser Entwicklung siehe *Blümle / Goldschmidt* (2003).

⁶ *Herkner* (1923), S. 93.

⁷ *Schumpeter* (1926), S. 351 f.

⁸ *Briefs* (1923), S. 136.

⁹ *Briefs* (1924), S. 10.

¹⁰ Wobei Briefs keinesfalls einer lediglich „ökonomisierten“ Sozialpolitik das Wort redete. Zu Briefs' sozialpolitischer Konzeption, die bis heute auch aus einer sozialethischen Perspektive gewinnbringend ist, vgl. *Amstad* (1985).

¹¹ Siehe hierzu *Schönig* (2001), S. 185–202.

¹² *Lampert* (2005), S. 13.

Dauer zu untergraben.“¹³ Gutowski und Merklein legten mit ihrer Diagnose sicher den Finger in eine offene Wunde – eine konsistente Theorie der Sozialpolitik fehlte und war aufgrund der jahrelang betriebenen „Schönwetter-Programmatik“¹⁴, die es erlaubte, steigenden Wohlstand mit steigenden sozialen Ausgaben zu verknüpfen, auch nicht im Blickpunkt des Interesses. Die sich ankündigenden Finanzierungsschwierigkeiten erforderten ein Umdenken und entsprechend lag es nahe, auch die Sozialpolitik durch den marktlichen Anreizmechanismus zu „disziplinieren“: „Ziel und Art der zu einer Marktwirtschaft passenden, zugleich nötigen Eingriffe im Bereich Arbeit und Soziales sind aus dem marktwirtschaftlichen Prozess selbst herzuleiten.“¹⁵ Jedoch wurde so das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Die positiven Funktionseigenschaften von Markt und Wettbewerb wurden zum Maßstab der Legitimität der Sozialpolitik. Oder sogar vielmehr: Die Frage nach der Legitimität einer eigenständigen Sozialpolitik wurde gar nicht mehr gestellt. Die unbedingte Anerkennung marktlicher Prozesse sichere die Funktionsfähigkeit marktlicher Prozesse – eine Einsicht mit tautologischem Wert.

Einen wichtigen Schritt zur Versachlichung der Debatte und zu einer erneuten *begründungstheoretischen* und *ordnungspolitischen* Diskussion ist den Arbeiten von Karl Homann aus den 1990er Jahren zu verdanken.¹⁶ Homann hat in einer Vielzahl von Beiträgen klar herausgearbeitet, dass eine moderne industrialisierte Gesellschaft nicht auf einer individuellen Handlungsmoral beruhen kann, sondern sich in Folge der gesellschaftlichen Differenzierung an den *Bedingungen* des Handelns zu orientieren habe. Gefordert ist also weniger eine „Theorie des sittlichen Handelns“, sondern eine an den Rahmenbedingungen ausgerichtete Moral: „Der systematische Ort der Moral in einer Marktwirtschaft ist die Rahmenordnung.“¹⁷ Hiermit erhalten aber auch die konkreten Normen der Ethik selbst einen anderen Status. Gegen eine „normative Aufrüstung“¹⁸ plädiert Homann für eine mittels Anreizbedingungen verstandene Moral: „Menschliches Handeln wird grundsätzlich nicht – und in der modernen Gesellschaft schon gar nicht – durch Werte oder Ideale unmittelbar gesteuert. Bestimmt wird Handeln durch ‚Anreize‘, also durch Vorteilserwartungen.“¹⁹ Der

¹³ Gutowski / Merklein (1985), S. 50. Zur Kritik an der Position und an einer einseitigen Ausrichtung an einer „Ökonomischen Theorie der Sozialpolitik“ generell, z.B. Lampert / Bossert (1987), Lampert (1990) und (1992) sowie Kleinhenz (1989) und (1997).

¹⁴ Pies (1998b), S. 107.

¹⁵ Gutowski / Merklein (1985), S. 55.

¹⁶ Gleichwohl sich auch bei anderen deutschsprachigen Wirtschaftsethikern Bezüge zur Sozialpolitik finden, sind diese vor allem im Ansatz von Homann systematisch ausgearbeitet. Da Homann zudem ordnungsökonomisch argumentiert, bietet es sich an, seine Vorschläge hier näher zu untersuchen. Zur Kritik an einer solchen ordnungsökonomischen Konzeption der Sozialpolitik, auch im Sinne der Freiburger Schule, siehe aber z.B. Ulrich (2001), S. 333 ff. Ohne Ulrichs Überlegungen hier näher erläutern zu wollen, scheint mir Ulrich jedoch die integrative Perspektive, die den Freiburgern zu eigen ist und die in Abschnitt D. vorgestellt werden soll, nicht in ihrer systematischen Bedeutung zu erkennen. Dies ist umso verwunderlicher, da auch Ulrich eine „integrative Wirtschaftsethik“ favorisiert, die er aber gerade nicht integrativ, sondern aufgrund eines Primats einer „humanistischen Vernunftsethik“ entwickelt.

¹⁷ Homann / Blome-Drees (1992), S. 35.

¹⁸ Homann (2001/2003), S. 70.

¹⁹ Homann (2001/2003), S. 70. Als Beispiel nennt Homann an gleicher Stelle eine erwünschte Reduzierung des Autoverkehrs „im Interesse des Umweltschutzes“. Dieses Ziel ist laut Homann besser durch eine entsprechende Änderung des Benzinpreises und dem daraus veränderten Verhalten

Dualismus von Ethik und Ökonomik ist nach Homann folglich am besten dadurch zu überwinden, dass sie als zwei Seiten derselben Medaille betrachtet werden: „Die Konzeption besteht nur darauf, daß alle Ethik bis in ihre Prinzipien wie Menschenwürde und Goldene Regel, aber auch Konsens und Veto, ökonomisch i. w. S. rekonstruierbar sein muß.“²⁰ Der Diagnose Homanns, d.h. die Schwierigkeit, moderne Gesellschaften mittels Moral und Sittlichkeit zu steuern, ist uneingeschränkt zuzustimmen. Die systematische Begründung von Sozialpolitik einer modernen Gesellschaft kann nicht handlungsethisch fundiert sein. Hieraus aber abzuleiten, dass die Ökonomik die Fortsetzung der Ethik mit anderen, und bei Homann wohl besseren Mitteln ist²¹ oder zumindest sein sollte, ist erkenntnistheoretisch zumindest prekär²² und zugleich ein kühner Sprung über den breiten Graben von Sozial- und Wirtschaftspolitik. Sozialpolitik erhält bei Homann letztlich eine ökonomische Funktion: „Eine klug geschnittene Sozialpolitik soll die Menschen bereit machen, risikoreicher in Sach- und Humankapital zu investieren, als sie dies ohne soziale Absicherung tun könnten. ... Das bedeutet, daß der Fokus in der volkswirtschaftlichen Betrachtung weniger auf die Schadensfälle zu richten ist als auf die Nichtschadensfälle und ihre durch soziale Sicherung induzierten produktiven Verhaltensänderungen.“²³ Gleichwohl man der Idee des „aktivierenden Sozialstaates“ durchaus in ihrer *funktionalen* Orientierung auf den Markt hin einiges abgewinnen kann, greift eine solche Perspektive hinsichtlich ihrer *Problemorientierung* zu kurz: Sozialpolitik hat bei Homann und seinen Schülern nichts mehr mit „sozialen Problemlagen“ zu tun, sondern ist lediglich ein integrativer Bestandteil produktiver Marktpolitik. In den Worten von Ingo Pies: „Eine ... produktive, weil investive Sozialpolitik beeinträchtigt die Funktionsweise von Märkten nicht, sondern fördert sie. Sie erhöht die Sicherheit, insbesondere auch die Rechtssicherheit; sie erhöht die Chancen jedes einzelnen, zu einem potenten Marktteilnehmer zu werden, und sie erhöht die Risikobereitschaft, diese

entlang des Eigeninteresses zu erreichen denn durch Appelle und erhoffte Bewusstseinsänderungen. Auf der Ebene der funktionalen Durchsetzung des Ziels „Reduzierung des Autoverkehrs“ ist Homann sicherlich zuzustimmen, unbestimmt bleibt aber im Rahmen einer solchen Überlegung, wie die Maxime „im Interesse des Umweltschutzes“ selbst (als „moralisches“ Postulat) erklärt werden kann. Auf den sich hier abzeichnenden Unterschied zwischen funktionaler Ausgestaltung und Bestimmung einerseits und Erklärung von wirtschaftsethischen bzw. sozialpolitischen Vorstellungen andererseits wird zurückzukommen sein.

²⁰ Homann (1994), S. 19.

²¹ Homann (2001).

²² Homann (2001). Letztlich bleibt bei Homann der Status der Moral unbestimmt. Sein Versuch zwischen konkreten Normen und grundlegenden Prinzipien zu unterscheiden (z.B. Homann 2000/2003), mag philosophisch einen gewissen Reiz besitzen, vergrößert aber die Schwierigkeit, eine realitätsnahe Erklärung von Moralentstehung und -entwicklung zu bieten. Dies schlägt sich dann auch darin nieder, dass Homann immer wieder einen „Restbestand“ von (Handlungs-)Moral und Ethik einfordert, der aber kaum eine systematische Erklärung findet (vgl. z.B. Homann 1997, S. 29 ff.). Zudem verschleiern die Differenzierung zwischen konkreten Normen und grundlegenden Prinzipien den kategorialen Unterschied zwischen der notwendigen Herausbildung von moralischen Vorstellungen in familialen Bezügen und in Kleingruppen und der a-moralischen Organisation moderner Marktgesellschaften. Ganz im Gegensatz zu Homann (so z.B. explizit in Homann 2004) muss eine moderne Sozialwissenschaft bei der Anthropologie ansetzen und die Bedingungen von Moral und Gerechtigkeit als Elemente menschlicher Kultur analysieren. Dies soll später weiter untersucht werden.

²³ Homann (2003), S. 112.

Chancen auch zu nutzen.“²⁴ Um einem Missverständnis vorzubeugen: Die von Homann und seinen Schülern vorgetragenen *Konsequenzen* einer „Sozialpolitik für den Markt“²⁵ für die konkreten Maßnahmen einer modernen Sozialpolitik sind bedenkenswert und in der generellen Ausrichtung nicht den hier vorgestellten Überlegungen entgegengesetzt – gerade mit Blick auf eine „Teilnahme am Markt“ als Ziel der Sozialpolitik.²⁶ Jedoch bleibt die *Begründungsstruktur* bei Homann et al. defizitär. Es reicht nicht aus, die begründete Forderung aufzustellen, Sozialpolitik so zu gestalten, dass sie selbst den Bedingungen einer Marktgesellschaft genügt. Wo dies gelingt (und hierauf sollte das Bemühen des Sozialpolitikers immer zuerst gerichtet sein), wo also „win-win-Situationen“²⁷ im Rahmen der Sozialpolitik gefunden werden können, sind diese zu begrüßen und – da sie eben „win-win-Situationen“ sind – letztlich auch nicht strittig.²⁸ Die Hoffnung aber allein darauf zu setzen, dass mit der „Übersetzung von Ethik in Ökonomik“²⁹ ein durchgängiges Leitmotiv sozialpolitischen Begründens und Handelns gefunden ist, ist trügerisch. Das eigentliche Feld der Sozialpolitik sind die verbleibenden Konflikte zwischen widerläufigen Ansprüchen einerseits und zwischen marktlicher und nicht-marktlicher Koordination andererseits. Hierauf wird zurückzukommen sein. Zunächst aber gilt es, den Blick auf einen anderen Begründungszusammenhang von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu werfen.

C. Sozialpolitik zur Erreichung der Gesellschaftszwecke und Achingers „Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik“

Bereits im Ausgang der Historischen Schule deutete sich ein methodischer Ausweg aus dem Dilemma zwischen paternalistischem Sozialstaat hier und ökonomischer Notwendigkeit und Funktionalität dort an. Es war vor allem Otto von Zwiedineck-Südenhorst, der – in Abkehr von einer alleinigen Konzentration auf die Arbeiterfrage – die Grundlagen der Sozialpolitik in „einer Auseinandersetzung über das, *was in sozialen Dingen sein soll*“³⁰ sah, um „das krampfhaftes Denken in dem allzu tief verwurzelten Dualismus endlich zu überwinden“³¹. Es ging Zwiedineck-Südenhorst dabei um eine *Zielbestimmung* und damit um die notwendigen Begründungsstrukturen, „also Ideen von der gesellschaftlich richtig gestalteten Politeia und von dem, was zur ihrer

²⁴ Pies (1998a), S. 112.

²⁵ Homann / Pies (1996).

²⁶ Siehe Homann / Pies (1996), S. 221.

²⁷ Im Mittelpunkt steht die Suche nach solchen gesellschaftlichen Arrangements, die Personen durch die gemeinsame Bindung an geeignete Regeln – analog zum Gedanken der „mutual gains from trade“ der klassischen Ökonomik – wechselseitige Vorteile, jetzt als „mutual gains from joint commitment“ (Vanberg 2004c, S. 154), realisieren lassen.

²⁸ Siehe Goldschmidt (2004).

²⁹ Homann (1997), S. 28.

³⁰ Zwiedineck-Südenhorst (1911), S. III, eigene Hervorhebung. Vgl. zum Folgenden auch: Kaufmann (2003), S. 108 f.

³¹ Zwiedineck-Südenhorst (1955), S. 33.

Herbeiführung zu geschehen habe“³². An die Stelle einer „Fürsorgepolitik“ rückte damit eine Ausrichtung der Sozialpolitik im Kontext der Gesellschaft in den Vordergrund:

„Die Gesellschaft haben wir als ein Ergebnis von wesentlich wirtschaftlichen Zweckverfolgungen erkennen gelernt, das aber selbst Voraussetzung der weiteren Zweckerreichungen geworden ist, so daß die Gesellschaft selbst Zweckinhalt für das Wirtschafts- und damit auch für das Kulturleben gewonnen hat. Und dieses Moment steht im Begriffe, in der Sozialpolitik in den Vordergrund gerückt zu werden, sollte daher auch in der Definition der Sozialpolitik eine Stelle finden, und man kann dann sagen: Sozialpolitik ist *die auf Sicherung fortdauernder Erreichung der Gesellschaftszwecke gerichtete Politik*.“³³

Zwiedineck-Südenhorst gibt damit eine auf die Integration von Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgerichtete Perspektive vor, die auf den Gesamtzusammenhang der jeweiligen Volkswirtschaft gerichtet ist. Bestenfalls können so Konflikte zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik vermieden werden (und zwar durch eine Integration auf der Gesellschaftsebene). Im Konfliktfall ist es wiederum die gesellschaftliche Abwägung, die die jeweilige Gewichtung zugunsten oder zulasten der Sozialpolitik vorgibt:

„So steht also doch auch sozialpolitisches Zweckverfolgen durchaus nicht schlechthin im Gegensatz zur Wirtschaft, sondern liegt völlig eingebettet in dem Gesamtkomplex von Zweckverfolgung und Mitteleinsatz, als der uns die Volkswirtschaft erscheint. Nur soweit der Staat durch sozialpolitische Maßnahmen die Produktivkraft in ihrer Auswirkung so beeinträchtigt, daß das Sozialprodukt verkleinert wird, steht die Sozialpolitik mit der materiellen Güterproduktion derart im Widerstreit, *daß es eben auf die Alternative ankommt, ob die Zwecke sozialer Befriedung, die die Sozialpolitik verfolgt, der Gesamtheit wertvoller erscheinen als die Bereicherung der materiellen Lebensführung gerade der unteren Schichten*.“³⁴

Gleichwohl Zwiedineck-Südenhorst bereits eine Lösungsrichtung – die Ausrichtung einer integrativen Wirtschafts- und Sozialpolitik an (den Interessen) der Gesellschaft – vorgegeben hatte, blieben seine Überlegungen noch undifferenziert und in der Idee der Klassengegensätze verhaftet: „Die Grundlegung der Sozialpolitik ist ... durch die Auffassung über die Ursachen der Klassengegensätzlichkeit, ja, geradezu auch der Klassenbildung bedingt.“³⁵ Erst mit der Verschiebung des Blickwinkels von Klassenlagen zum Vergleich individueller Lebenslagen „quer durch die ‚alten‘ Klassenschichtungen“³⁶ konnte eine Theorie von sozialer Ordnung und Sozialpolitik einen neuen Anlauf erleben.³⁷

³² Zwiedineck-Südenhorst (1911), S. III.

³³ Zwiedineck-Südenhorst (1911), S. 38, Hervorhebungen im Original. Schon Franz Hitze hatte die soziale Frage als die „Frage der Vergesellschaftung“ bestimmt; vgl. Kaufmann (2003), S. 108. Die Fokussierung auf die gesellschaftliche Dimension ist natürlich vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Differenzierung zwischen *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* zu sehen, wie sie von Ferdinand Tönnies in klassischer Form beschrieben worden ist (Tönnies 1887). Folglich überrascht es nicht, dass Zwiedineck-Südenhorst sein Lehrbuch mit dem Kapitel „Vergesellschaftung und Gesellschaft“ beginnen lässt. Dass eine moderne Sozialpolitik dieser Unterscheidung geschuldet ist, scheint bei vielen Sozialpolitikern und Ökonomen jedoch noch nicht angekommen zu sein. In der Sozialpolitik die Bastion des „Menschlichen“ bzw. „Moralischen“, also die Ebene der Gemeinschaft, in Verteidigung gegenüber dem Markt und der gesichtslosen Gesellschaft zu sehen, greift in beiderlei Hinsicht zu kurz. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik bilden sich als Phänomene der modernen Gesellschaft parallel aus – wie sogleich gezeigt werden soll.

³⁴ Zwiedineck-Südenhorst (1932), S. 248, Hervorhebungen im Original.

³⁵ Zwiedineck-Südenhorst (1911), S. 16.

³⁶ Pütz (1954), S. 9.

³⁷ Hierzu Kaufmann (2003), S. 153 f.

Einen durchgreifenden Aufschwung erlebte die Diskussion um eine an den „Gesellschaftszwecken“ ausgerichtete Theorie der Sozialpolitik mit dem Buch „Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik – Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat“ von Hans Achinger aus dem Jahr 1958. Der Wert von Achingers Überlegungen liegt vor allem darin, dass Sozialpolitik nicht „irgendein Anhängsel“ oder „ethischer Rest“ einer modernen Gesellschaft ist, sondern – ganz im Gegenteil – als integraler Bestandteil eben einer modernen Gesellschaft zu verstehen ist: „Die Entstehung der Sozialpolitik ist also auf das genaueste mit den modernen Entdeckungen und Fertigkeiten verbunden, die die Produktivität der Arbeitsstunde im stetigen Fortschritt weiter heben und die es erst möglich machen, bisher irreparable Leiden und Übelstände zu heilen oder wenigstens durch Hilfskonstruktionen abzumildern.“³⁸ Alexander Rüstow sprach in diesem Zusammenhang von der „staatspolitischen Notwendigkeit“³⁹ der Sozialpolitik.

Zugleich entstehen nach Achinger in modernen Gesellschaften neue Notwendigkeiten sozialpolitischen Handelns: „Je geringer der Anteil [der] Selbstversorgung ist, desto höher sind in der Regel auch die Ansprüche an eine durch Staatseingriffe zu stützende soziale Sicherung.“⁴⁰ Lässt man zunächst einmal die Formulierung „eine durch Staatseingriffe zu stützende soziale Sicherung“ außer Acht (die auf die Schwierigkeit einer integrativen Konzeption von Wirtschafts- und Sozialpolitik verweist, die im nächsten Abschnitt behandelt werden soll), macht diese Aussage von Achinger vor allem eines klar: Sozialpolitik ist ein Phänomen, das historisch und damit aber auch systematisch eng gebunden ist an die Industrialisierung, an „[n]eue Lebensformen, eine neue Gesellschaft, nämlich die spezifisch moderne Wirtschaftsgesellschaft, eine neue Interessenlage“⁴¹. Hieraus lässt sich ableiten: 1. Die Entstehung der Marktwirtschaft (i.e. der Kapitalismus) ist entwicklungslogisch verknüpft mit der Entstehung einer systematischen und gesellschaftlichen Sozialpolitik; 2. Die funktionale Effizienz des marktwirtschaftlichen Teilsystems erfordert die Komplementarität durch eine Sozialpolitik auf gesellschaftlicher Ebene; 3. Solange Marktwirtschaften existieren, solange wird eine systematische Sozialpolitik unerlässlich sein.

Um es zusammenzufassen: Mit Zwiedineck-Südenhorsts Idee einer Sozialpolitik entlang der Gesellschaftszwecke und Achingers „Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik“ verändert sich der Blickwinkel auf den „garstig breiten Graben“. Lösungen, d.h. Brückenschläge zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, sollten nicht unabhängig vom gesamtgesellschaftlichen Gefüge in Richtung „Markt“ oder „Soziales“ aufgelöst bzw. verschleiert werden, sondern müssen auf der Ebene der Gesellschaft (und ihrer Mitglieder) selbst gelöst werden⁴² – ein Aspekt der auch für die ordoliberalen Sichtweise zentral

³⁸ Achinger (1958), S. 44.

³⁹ Rüstow (1959/1971), S. 25.

⁴⁰ Achinger (1955/1971), S. 200. Das Unbehagen über diesen Umstand mag für Ökonomen wie Wilhelm Röpke der Grund gewesen sein, sich – gleichsam als Gegenstück zur modernen Industriegesellschaft – für eine Stärkung kleinbäuerlicher, autarker Lebensformen einzusetzen.

⁴¹ Achinger (1958), S. 18.

⁴² „Es geht nicht nur darum festzustellen, was die heutigen Leistungen bei denen bewirken, die sie erhalten, und wie die Einrichtungen dafür vielleicht verbessert werden könnten. Es geht auch darum festzustellen, was diese Leistungen bei denen bewirken, denen sie durch Gesetz abverlangt werden. Und es geht neben diesen wirtschaftlichen, vielleicht noch in Zahlen ermeßlichen Vorgängen, um die sozialpsychologische, um die gesellschaftliche Attitüde der Menschen, die aus solchen Dauersystemen, wie wir sie haben, hervorgehen.“ Achinger (1959), S. 62.

ist, wie später ausgeführt werden soll. Der besondere Vorteil der Argumentation von Achinger liegt zudem darin, dass bei ihm Sozialpolitik eine dynamische Größe wird, die sich an den jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen und individuellen Lebenslagen orientiert.⁴³ Folglich kann Sozialpolitik nicht mehr nur „Armenfürsorge“ sein, sondern ist ausgerichtet an der Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft. Inhaltliche Konkretisierungen sozialpolitischer Arrangements sind somit notwendigerweise zur Auseinandersetzung mit der jeweiligen Situation und ihren historischen Bedingungen gezwungen. Hiermit ebnet Achinger einer Theorie der Sozialpolitik den Weg, die nicht mehr nur auf materielle Bedingungen abstellt, sondern die Inklusion des Individuums in die Gesellschaft in den Vordergrund rückt: „Nicht die Frage nach den Ärmsten der Armen im Sinne des Geldeinkommens ist entscheidend, sondern die Frage nach dem am meisten veränderten Zustand.“⁴⁴ Jedoch bleiben Zwiedineck-Südenhorsts und Achingers Überlegungen dahingehend ergänzungsbedürftig, dass der Rekurs auf einen „Gesellschaftszweck“ ohne die explizite Rückbindung auf das Individuum Gefahr läuft, sich im Allgemeinen zu verlieren. Für den „Gesellschaftszweck“ gilt das Gleiche, was Franz Böhm für die Privatrechtsordnung allgemein klar gemacht hat: es geht um die „Verantwortung für die Lenkung des gesellschaftlichen Kooperierens oder Koexistierens von Individuen“ und um „die Beziehungen, die Befugnisse und den Verkehr zwischen Gleichberechtigten“⁴⁵. Zielgröße und Legitimationsgrund jeder Sozialpolitik ist das Individuum. Hierauf wird später unter dem Begriff der Inklusion zurückzukommen sein.

Dennoch ergeben die Überlegungen Achingers bereits folgende Quintessenz, die auch für den aktuellen Diskurs unerlässlich ist: Aus der realistischen Sicht einer an der Gesellschaft orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik kann die Integrationsleistung, der Brückenschlag zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, nicht mittels der Ökonomik allein gelingen (wie Homann erhofft), sondern es bedarf eines gesellschaftlich zu bestimmenden Rahmens. Die Ökonomik ist dann ein notwendiges Instrument zur effizienten Ausgestaltung des Rahmens und der einzelnen Teilsysteme. Eine Erwägung, die auch Achinger herausgestellt hat:

„Gerade weil die Nationalökonomie bewiesen hat, was ihre Theorie vermag, muß sich jeder wissenschaftliche Betrachter der Sozialpolitik eingestehen, was er in dieser Hinsicht nicht leisten kann. ... Es kann keine der Wirtschaftstheorie ähnliche sozialpolitische Theorie geben. ... Der entscheidende Nutzen, den die wissenschaftliche Betrachtung der Sozialpolitik von der Nationalökonomie erwarten kann, ist die Klarheit darüber, was ihre Eingriffe an wirtschaftlichen Folgen nach sich ziehen. ... Und neustens müssen sie sich auch wegen ihres Einflusses auf die Komponenten der wirtschaftlichen Ge-

⁴³ In ähnlicher Weise sucht z.B. auch das von Gerhard Weisser entwickelte einflussreiche Konzept der „Lebenslagen“ eine Diversifizierung der sozialen Problemlagen: „Als Lebenslage gilt der Spielraum, den die äußeren Umstände dem Menschen bieten für die Erfüllung der Grundanliegen, die er bei unbehinderter und gründlicher Selbstbesinnung für den Sinn seines Lebens ansieht.“ Weisser (1959), S. 635. Eine Parallele kann man auch zu der Idee der „sozialpolitischen Bedarfe“ ziehen, wie sie sich bei Heinz Lampert findet. Lampert macht deutlich, dass verschiedene Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme im historischen Ablauf unterschiedliche sozialpolitische Bedarfe entwickeln und um ihre jeweils interessengeleitete Durchsetzung ringen. Vgl. z.B. Lampert (1990), S. 21–30.

⁴⁴ Achinger (1958), S. 24.

⁴⁵ Böhm (1966/1980), S. 108 bzw. S. 105. Vgl. hierzu im Kontext einer Sozialpolitik: Vanberg (2002), S. 235.

samentwicklung ständig konkretere Aufklärung gefallen lassen, ohne daß sie deshalb aufhören könnten, nach ihren eigenen Normen zu intervenieren.“⁴⁶

Doch gibt es eine Möglichkeit, eine von der Gesellschaft her gedachte Wirtschafts- und Sozialpolitik auch konzeptionell zusammenzuführen oder muss man „intervenieren“ und sich – wie Achinger es beschrieben hat – mit einem „Verschwimmen aller Linien“⁴⁷ zufrieden geben?

D. Sozialpolitik mit dem Markt⁴⁸

Die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf dem Gedanken, mittels einer zureichenden Gesamtordnung den wirtschaftlichen Prozess so zu lenken, dass er sich zum Wohle aller, im Sinne der Gerechtigkeit, auswirkt. Hierin treffen sich die pragmatischen Gedanken Ludwig Erhards mit den systematischen Überlegungen der Freiburger Schule um Walter Eucken. In der ordoliberalen Metapher von den „Spielregeln“ weiß Erhard entsprechend zu formulieren: „Was ich mit einer marktwirtschaftlichen Politik anstrebe, das ist ... die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufzustellen.“⁴⁹ Hierin findet sich sozusagen die „differentia specifica“ aller Ordoliberalen im weiteren Sinne: der Staat ist Gestalter und Träger der Wirtschaftsordnung, nicht Lenker des Wirtschaftsprozesses. Der Staat als ordnende Potenz ermöglicht so den freien und fairen Wettbewerb, so dass den Staat – in einer Formulierung Röpkes – „die Unabhängigkeit von Interessengruppen und die unbeugsame Geltendmachung seiner Autorität und seiner Würde als Vertreter der Allgemeinheit kennzeichnen“⁵⁰.

Die Funktion des Staates als „Vertreter der Allgemeinheit“ findet seinen Ausdruck in der ordoliberalen Konzeption auch darin, dass wirtschaftliche Freiheit und Wettbewerb – als Schutzbereiche des Staates – zwar notwendige Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung sind, sie aber keinen Selbstzweck darstellen. So ist Erhard in „Wohlstand für alle“ der Ansicht, dass „[a]uf dem Wege über den Wettbewerb ... – im besten Sinne des Wortes – eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt“⁵¹ wird. Der Wettbewerb kann also dienstbar gemacht werden – er ist ein Mittel und nicht das Ziel

⁴⁶ Achinger (1963), S. 67. An dieser Stelle setzt sich Achinger ausdrücklich mit der „Ökonomischen Theorie der Sozialpolitik“ von Elisabeth Liefmann-Keil (1961) auseinander, die zu Beginn der 1960er Jahre den Diskurs über die Sozialpolitik nachhaltig beeinflusst hat. Die sich an Liefmann-Keil anschließende Entwicklung kann als paradigmatisch für den Diskurs über eine Theorie der Sozialpolitik angesehen werden. Die notwendige Versachlichung der Debatte war bei Liefmann-Keil noch eingebunden in die Einsicht, dass eine Wirtschaftstheorie nicht die Ziele der Sozialpolitik vorgeben kann, sondern lediglich die ökonomischen Folgen sozialpolitischer Maßnahmen abschätzen hilft. In der Folgezeit beschränkte sich die Diskussion mehr und mehr auf diese Folgenabschätzung. Liefmann-Keil stand hingegen dem umfassenden, ordoliberalen Denken nahe; vgl. Goldschmidt / Klinckowstroem (2005).

⁴⁷ Achinger (1963), S. 107.

⁴⁸ Zum Konzept einer „Sozialpolitik mit dem Markt“ siehe Blümle / Goldschmidt (2004).

⁴⁹ Erhard (1957), S. 135.

⁵⁰ Röpke (1979), S. 157.

⁵¹ Erhard (1957), S. 8.

der gesellschaftlichen Gestaltung.⁵² Der Ausgangspunkt bleibt die „soziale“, also die gesellschaftliche Gestaltung der Beziehungen der Individuen untereinander. In den Worten Euckens: „Es gibt nichts, was nicht sozial wichtig wäre.“⁵³ Programmtisch zusammengefasst findet sich diese Einsicht im ersten Band des von Eucken und Böhm gemeinsam herausgegebenen Jahrbuchs „ORDO“. Dort heißt es:

„Unsere Forderung beschränkt sich auf die Schaffung einer Wirtschafts- und Sozialordnung, in der wirtschaftliche Leistung und menschenwürdige Daseinsbedingungen gleichermaßen gewährleistet sind. Weil der Wettbewerb diesem Ziel dienstbar gemacht werden kann, das ohne ihn sogar unerreichbar bleibt, deshalb fordern wir ihn. Er ist Mittel, nicht letzter Zweck.“⁵⁴

In der Verbindung dieser beiden Grundprämissen des Ordoliberalismus – die Anerkennung staatlicher Spielregeln als Vorbedingung marktwirtschaftlichen Handelns sowie die Ausrichtung der wirtschaftlichen Mittel auf die sozialen Zwecke – ist auch die konzeptionelle Zuordnung von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sinne der Freiburger zu finden. Die soziale Frage ist für Eucken nur mittels der Einsicht lösbar, dass eine „Koordination aller Teile der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik aufeinander ... sich aus dem Zusammenhang alles wirtschaftlichen Geschehens mit sachlicher Notwendigkeit ergibt“⁵⁵. Somit rückt die Integration von Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der Ebene der Spielregeln als entscheidende Ordnungsaufgabe in den Vordergrund, die aus der „Interdependenz der Ordnungen“ abgeleitet ist: „Infolge der allgemeinen Interdependenz aller Märkte kann die soziale Frage nur durch eine zureichende Gesamtordnung gelöst werden. Und so ist die soziale Frage ein Teil der großen Frage nach einer zureichenden freien Wirtschaftsordnung. Gerade soziale Gründe zwingen dazu, diese Linie der Wettbewerbsordnung zu verfolgen.“⁵⁶ Im Mittelpunkt der Euckenschen Überlegungen steht damit anstelle punktueller Ansätze und interventionistischer Eingriffe die Suche nach allgemeinen Regeln im Rahmen einer gesellschaftlichen Gesamtordnung. Dieser Leitgedanke ist aber nur zu verwirklichen, wenn „Sozialpolitik nicht als Anhängsel der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet [wird], sondern in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik“⁵⁷ ist. Nur auf diese Weise kann einer modernen Sozialpolitik tatsächlich zur Geltung verholfen werden:

„Wesentlich in diesem Zusammenhang ist, daß die eigentliche Sozialpolitik etwas ganz anderes ist, als was man früher häufig darunter verstand. Hier Löhne erhöhen, dort Unfälle in den Betrieben verhindern oder Wohlfahrtseinrichtungen schaffen usw., ist zwar wichtig, aber es genügt nicht. Diese punktuelle Behandlung der Probleme muß zurücktreten. Aber nicht, weil das Anliegen der Sozialpolitik im bisherigen Sinne nebensächlich geworden wäre. Im Gegenteil. Weil es so vordringlich ist, muß es für das gesamte Denken über die Wirtschaftsordnung *mitbestimmend* sein.“⁵⁸

⁵² Im Anschluss an Eucken hat Siegfried Wendt hierzu angemerkt: „Vielleicht kann man sagen, daß die Wirtschaftspolitik sich vornehmlich im Bereich der Mittel bewegt, daß sie bestrebt ist, dafür zu sorgen, daß die vorhandenen Mittel möglichst zweckvoll angewendet werden, während es Aufgabe der Sozialpolitik ist, die vorhandenen Mittel bestimmten Zielen zuzuordnen. Die Wirtschaftspolitik ist in erster Linie durch den Gedanken bestimmt, die formalen Entsprechungen im Gefüge der Leistungen zu sichern. Die Sozialpolitik wird dagegen durch den Willen beherrscht, eine bestimmte sachliche Zuordnung der Erträge zu ermöglichen.“ *Wendt* (1959/1971), S. 90.

⁵³ *Eucken* (1952/2004), S. 313.

⁵⁴ Vorwort, in: *ORDO* 1 (1948), S. XI.

⁵⁵ *Eucken* (1949), S. 11.

⁵⁶ *Eucken* (1948), S. 131.

⁵⁷ *Eucken* (1952/2004), S. 313.

⁵⁸ *Eucken* (1952/2004), S. 313, eigene Hervorhebung.

Diese Sichtweise kann als der zentrale Punkt in der ordoliberalen Konzeption einer wettbewerbskonformen Sozialpolitik verstanden werden: Sozialpolitik ist weder *gegen* noch *für* den Markt, sie ist als Sozialpolitik *mit* dem Markt zu verstehen. Eine so verstandene Wettbewerbsordnung im Rahmen einer Wirtschaftsordnungspolitik verwirklicht neben „der ökonomischen Sachgesetzlichkeit ... gleichzeitig ein soziales und ethisches Ordnungswollen“⁵⁹. Folglich kann man Heinz Lampert nur zustimmen: „Aus dieser ordnungspolitischen Perspektive erscheint es verfehlt ... einseitig eine Ordnungs- bzw. Marktkonformität der Sozialpolitik einzufordern, vielmehr ist es auch erforderlich, den prinzipiell anzuerkennenden Grundsatz der Wirtschaftsordnungskonformität der Sozialpolitik durch den Grundsatz der möglichst weitgehenden Sozialordnungskonformität der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftspolitik zu ergänzen.“⁶⁰ Gilt die Lösung sozialer Fragestellungen als Zielpunkt der Sozialen Marktwirtschaft, kann ihre theoretische Konzeption weder auf eine Gegenüberstellung oder einen Kompromiss von ökonomischem und sozialem Anspruch reduziert werden, noch ist dieser Anspruch durch eine Über- oder Unterordnung aufzulösen. Hingegen gilt es, eine „Sozialpolitik mit dem Markt“ zu formulieren, die den Gegensatz zwischen sozialem Wollen und ökonomischer Sachnotwendigkeit auf der konstitutionellen Ebene aufhebt. So betont auch Lampert: Es ist „geboten, Sozialordnung und Wirtschaftsordnung als Teilordnungen der Gesellschaftsordnung zu verstehen, wobei – rein logisch – Sozialordnung und Wirtschaftsordnung unterhalb der Gesellschaftsordnung auf derselben Ebene angesiedelt werden müssen“⁶¹. Das sozial Wünschenswerte ist der legitimatorische Grund gesellschaftlicher Gestaltung im Rahmen einer ordnungsökonomischen Konzeption.

Diese Überlegungen – dies sei hier nur angedeutet – lassen sich problemlos in die moderne Konzeption der Konstitutionenökonomik übertragen.⁶² Mit der Einsicht in den Unterschied zwischen „choices within constraints“ und „choices among constraints“⁶³ wird die Frage, wie die Ausgestaltung des rechtlich-institutionellen Rahmens auf die sozialen Handlungsmuster wirkt, zentral.⁶⁴ Die Wahl des institutionellen Rahmens ist als Kollektiventscheidung der Individuen als Souveräne der gesellschaftlichen Gestaltung anzusehen. Eine bestimmte Ausgestaltung sozialpolitischer Regeln ist dann aber nicht *unabdingbar* notwendig. Vielmehr gilt es herauszustellen, dass unterschiedliche sozialpolitische Arrangements unterschiedliche Auswirkungen haben werden und unterschiedlichen Interessen dienen. Ob diese dann erwünscht sind (auch in ihren jeweiligen ökonomischen Folgen), ist dann der Wahl und Entscheidung der Betroffenen zuzubilligen: „Aus dieser Sicht ist die entscheidende Frage nicht, wie viel Sozialpolitik die Marktwirtschaft verkraften kann, sondern *wie* Sozialpolitik betrieben wird.“⁶⁵ Dem demokratischen Gemeinwesen obliegt dann die Förderung gemeinsamer Bürgerinteressen als Leistungsmaßstab.⁶⁶ Im Umkehrschluss ist auch die Wettbewerbsordnung nicht aus

⁵⁹ Eucken (1952/2004), S. 370.

⁶⁰ Lampert (2001), S. 188.

⁶¹ Lampert (2003), S. 42.

⁶² Siehe Goldschmidt (2004).

⁶³ Buchanan (1990), S. 2 f.

⁶⁴ Siehe z.B. Vanberg (2000), S. 252.

⁶⁵ Vanberg (2002), S. 252, Hervorhebung im Original.

⁶⁶ Vanberg (2003), S. 58.

sich heraus sakrosankt: „Was eine marktliche Wettbewerbsordnung ... legitimiert, sind nicht die von ihren Befürwortern zu Recht betonten positiven Funktionseigenschaften, sondern die freiwillige Zustimmung, die sie von den unter ihr lebenden Menschen erfährt.“⁶⁷

Hieraus folgt aber, dass sich eine ordnungsökonomische Sozialpolitik zunächst nicht mit der spezifischen Ausgestaltung sozialpolitischer Arrangements beschäftigt, sondern mit dem Prozess der Entscheidungsfindung für bestimmte Arrangements⁶⁸, gemessen an den Kriterien der Privilegienfreiheit und Rechtsgleichheit.⁶⁹ Beide Kriterien verweisen darauf, dass eine Ausrichtung an Sonderinteressen bei der Gestaltung sozialer Arrangements – vor allem mit Blick auf eine sozialpolitisch motivierte Umverteilung – kaum im Interesse aller Bürger sein wird. Der Abbau von Privilegien durch einen handlungsfähigen, wirkmächtigen Staat als Voraussetzung marktlichen Handelns ist somit der erste Grundsatz ordnungsökonomischer Sozialpolitik. Damit verschiebt sich aber der Blickwinkel. Sozialpolitik muss sich mit der (privilegienfreien) *Koordination individueller, sozialer Interessen* beschäftigen, sozusagen mit den Konstruktionsplänen der Brücke über den Graben von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

E. Von „all inclusive“ zu „all included“

Das Projekt Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ als vordringliche Aufgabe der jungen Sozialen Marktwirtschaft der frühen Nachkriegsjahre ist weitgehend erfolgreich abgeschlossen. Der Schlachtruf heutiger Reiseveranstalter „All inclusive“ kann als Symbol für die preisgünstige Versorgung mit materiellen Gütern in allen Lebenslagen gelten. Materielle Armut – gleichwohl sie in Einzelfällen durchaus auftritt – ist nicht das *systematische* Problem der (europäischen und nordamerikanischen) Gegenwart. Sozialstaatliche Absicherung wird gerade auch durch die tendenziell sinkenden Preise von Lebens- und Arzneimitteln erreicht – eine Entwicklung, die unter dem Eindruck leerer Staatskassen an Bedeutung gewinnen wird. Das „demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit“⁷⁰ hat sich Geltung verschafft und prägt den Lebensstil jetziger Generationen. Das zentrale Problem einer aktuellen Sozialpolitik scheint mir anders gelagert zu sein, als es eine materielle Sichtweise zu Zeiten Erhards zunächst nahe gelegt hat. Die Notwendigkeit einer quantitativen Sozialpolitik war mit Beginn der Industrialisierung und zumal nach Ende des 2. Weltkrieges derart vordringlich, da nur über eine basale materielle Sicherung eine Inklusion in die Gesellschaft möglich wurde. Wohlstand war der entscheidende Zugangsschlüssel zu den Errungenschaften der modernen Industrialisierung. Der Zugangscode hat sich jedoch

⁶⁷ Vanberg (2001), S. 57 f.

⁶⁸ Folglich kann man mit Vanberg (2004b) auch sozialstaatliches Handeln als ein „kooperatives Unternehmen“ deuten.

⁶⁹ Die beiden Kriterien gehen vor allem auf die Arbeiten von Franz Böhm zurück; siehe hierzu z.B. Vanberg (2002).

⁷⁰ Erhard (1957), S. 14.

verändert.⁷¹ Zwar ist eine materielle Mindestausstattung nach wie vor eine Voraussetzung zur Inklusion in die Gesellschaft, jedoch ist dies weitgehend durch den verestigten Wohlstand und die vorherrschenden Sicherungssysteme und Einrichtungen der Sozialwirtschaft gegeben. Ihre Ausgestaltung und ihr notwendiger Umbau sind Fragen ökonomischer Klugheit (unter der Vorgabe der Effizienz)⁷², nicht aber eine Aufgabe einer erneuerten sozialpolitischen Theorie und ihrer Prämissen.

Favorisiert man jedoch eine an den „Gesellschaftszwecken“ ausgerichtete Theorie der Sozialpolitik verschiebt sich der Blickwinkel. Ist der systematische Ort einer Wirtschafts- und Sozialpolitik die gesellschaftliche, konstitutionelle Ebene, so ist die Möglichkeit zur Teilhabe an den Entscheidungsprozessen dieser Ebene das vordringliche Problem einer modernen Sozialpolitik. Wilfrid Schreiber hat hierzu schon Ende der 1950er Jahre in recht optimistischer Weise ausgeführt:

„Wenn wir heute noch Sozialpolitik brauchen – und wir brauchen sie in der Tat –, dann müssen wir zumindest eine saubere Zweiteilung vornehmen. Es gilt zu sorgen für eine Fülle von schuldlos Darbenden, von schuldlos in Not Geratenen, von Menschen, die sich tatsächlich nicht selber helfen können. ... Das wollen wir tun. Aber ich würde das nicht mehr Sozialpolitik nennen. Zumindest würde ich sagen, das ist nicht mehr der Kernpunkt und das Wesen der Sozialpolitik. Man wird einen deutlichen und sauberen Strich machen müssen zwischen Versorgung und Fürsorge auf der einen Seite und konstruktiver Sozialpolitik auf der anderen. Zukünftige Sozialpolitik wird zu tun haben mit wirtschaftlich gesunden, nicht mehr armen, nicht mehr hilfsbedürftigen Existenzen, die durchaus imstande sind, mit ihrem Lebenseinkommen ihre gesamten Lebensbedürfnisse vom Jahre 0 bis zum Jahre X des Todes zu decken; mit einer Gesellschaft also, die im Grunde die Not, den Mangel, die Armut nicht mehr kennt. Zum Lebensstil der entwickelten industriellen Gesellschaft gehört aber eine Reihe von zweckmäßigen Gemeinschaftsveranstaltungen, und die würde ich als den Kern der zukünftigen Sozialpolitik bezeichnen.“⁷³

Die gesicherte materielle Basis bedeutet also nicht das Ende der Sozialpolitik. Ganz im Gegenteil: Sozialpolitik ist immer politisches Handeln und bedarf der politischen Aktion, der „Gemeinschaftsveranstaltungen“. Die Inklusion jedes Einzelnen war zwar seit jeher die Aufgabe der Sozialpolitik, erlangt aber nach Abschluss des Projektes „Wohlstand für alle“ eine andere Dimension. Gefordert ist weniger eine *quantitative* als vielmehr eine *qualitative* Sozialpolitik. In einer modernen Gesellschaft erreicht man die Inklusion in die Gesellschaft nicht allein durch die Sicherung der materiellen Existenz, sondern es bedarf auch der Sicherung der kulturellen Existenz. Qualitative Sozialpolitik geht über die quantitative, rein materielle Absicherung hinaus und muss an den Bedingungen der kulturellen Verfasstheit der Gesellschaft ansetzen. Ziel einer qualitativen Sozialpolitik sollte es sein, jedem Einzelnen die Einbeziehung in die politischen Entscheidungsprozesse zu ermöglichen und ihm/ihr die Chancen, aber auch den Freiraum für ein selbstbestimmtes Leben zu geben. Hierfür gibt es gute sozialwissenschaftliche Gründe.

⁷¹ Eine Tatsache, der sich bereits Ludwig Erhard durchaus bewusst war: „Die *Soziale Marktwirtschaft* brachte die Befreiung unseres Volkes von wirtschaftlicher Not und sozialem Zwang. Das Programm *Wohlstand für alle* wurde Realität.“ (Erhard 1965/1988, S. 915, Hervorhebungen im Original). Erhards Projekt der „formierten Gesellschaft“ gleichwie seine „Maßhalteappelle“ können als Reaktion auf die gesicherte materielle Situation Mitte der 1960er Jahre gesehen werden, die zugleich die Frage nach einer umfassenden Gesellschaftspolitik wieder umso vordringlicher erschienen ließ.

⁷² Siehe hierzu Vanberg (2004b) und Eith / Goldschmidt (2005).

⁷³ Schreiber (1959), S. 72 – ohne die von Schreiber vorgelegten Überlegungen hier näher beurteilen zu wollen.

Die von Tönnies im generellen und von Zwiedineck-Südenhord für das Feld einer sozialpolitischen Theorie so treffend beschriebene Vergesellschaftung durch den Markt in der Moderne ermöglichte überhaupt erst die angeführten Wohlfahrtssteigerungen. Die Möglichkeit, sich über den Markt zu versorgen, ist aber gebunden an die Möglichkeit, Teil des ökonomischen Systems zu sein: „Jeder muss sich über den Markt versorgen; jeder kann sein Dasein nur durch Einbindung in das ökonomische System sichern. ... Der systemischen Verfassung des Marktes fehlt aber, worauf das Subjekt unter dieser Verfassung bei Strafe seines Untergangs angewiesen ist: die Garantie der Inklusion in das ökonomische System. Darin liegt das Problem.“⁷⁴ Die Inklusion in das ökonomische System gegenüber der Gesellschaft einzufordern ist aber problematisch, weil gegenüber dem a-moralischen, ökonomischen *System* selbst die Forderung nach Integration nicht moralisch begründet und durchgesetzt werden kann. Hayeks Diktum, dass die „Moral der kleinen Horde“ für die „erweiterte Ordnung“ ungeeignet ist⁷⁵, ist insofern zuzustimmen, da die Funktionsfähigkeit marktlicher Systeme nicht notwendigerweise auf intersubjektiven, persönlichen Beziehungen und den moralischen Empfindungen der Individuen innerhalb kleiner Gruppen beruht, sondern die Organisation komplexer, moderner Marktgesellschaften weitestgehend systematisch und a-moralisch ist.⁷⁶ Das Dilemma der modernen Gesellschaft ist gerade in diesem gegenläufigen Befund zu sehen: Zum einen findet die Ausbildung von Moralität zwar im sozialen Prozess der Interaktion immer wieder in der Ontogenese jedes Einzelnen innerhalb der Familie und innerhalb von kleinen Gruppen statt und ist damit ein konstitutiver Bestandteil menschlicher Existenz⁷⁷, jedoch ist die so ausgebildete (weitgehend auf *Gemeinschaft* beruhende) Moral kaum ein Strukturelement der *Gesellschaft*: „Ohne Einbindung der Alterität in die Subjektivität wäre ein soziales Zusammenleben nicht denkbar, ohne soziale Vernunft, Bedingungen des Zusammenlebens Rechnung tragen zu wollen, wäre jede öffentliche Kommunikation sinnlos. Nur, was sich derart der Lebensform des Subjekts eingeschrieben hat, setzt sich nicht deshalb auch schon in die Organisationsform der Gesellschaft um. Die bestimmt sich über ganz andere strukturelle Bedingungen, formiert sich durch Regeln des Marktes und läßt den Subjekten das Nachsehen, sich mit ihrer Moralität in der Gesellschaft wiederzufinden.“⁷⁸ Die Subjekte können somit als Grenze der Gesellschaft beschrieben werden⁷⁹, da die Ausbildung des Einzelnen und seiner Subjektivität gebunden ist an die direkte Kommunikation und Interaktion mit dem (konkreten) Gegenüber, aber zugleich eingebunden ist in ein umfassenderes soziokulturelles und vor allem ökonomisches System, das den Einzelnen zwar prägt, ihm aber nicht in der Gesamtheit zur Verfügung steht. Andererseits geht das Subjekt nicht in den vorfindlichen Formen und Strukturen auf, sondern ist der eigentlich Handelnde im jeweils historisch und kulturell etablierten System der Gesellschaft.⁸⁰ Den Vermittlungsprozess zwischen Individuum und Gesellschaft und vornehmlich dem ökonomischen System zu gestalten, ist die Aufgabe einer modernen Sozialpolitik.

⁷⁴ Dux (2004), S. 292.

⁷⁵ Vgl. z.B. Hayek (1996), S. 7–26 und (1973–9/2003), insb. S. 239–242.

⁷⁶ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Dux (2001).

⁷⁷ Für einen ersten Überblick siehe Dux (2003b).

⁷⁸ Dux (2001), S. 427. Zu den möglichen Konsequenzen einer solchen Sichtweise für die ökonomische Theorie siehe Goldschmidt / Remmele (2005).

⁷⁹ Vgl. Dux (2000), S. 92 ff.

⁸⁰ Siehe Dux (2003a), S. 263 f.

In concreto bedeutet dies: Die Inklusion in die moderne Gesellschaft ist gebunden an die Teilhabe am Markt. Der Markt als ökonomisches *System* kann aber gerade diese *individuelle* Teilhabe nicht garantieren. In der daraus abgeleiteten Kategorie der Inklusion in die Gesellschaft und in das ökonomische System liegt das eigentliche Projekt der Aufklärung und diese Kategorie ist nicht lediglich eine „Notwendigkeit soziologischer Theorie, sondern ein Postulat gesellschaftlicher Praxis“⁸¹. Das gesellschaftliche Band der Moderne, die Brücke über unseren „garstig breiten Graben“, ist dann aber nicht die gemeinschaftliche Solidarität der kleinen Gruppe, sondern die strukturelle Inklusion in die Gesellschaft: „Das Prinzip der Inklusion ersetzt jene Solidarität, die darauf beruhte, dass man einer und nur einer Gruppe angehörte.“⁸² Aus „All inclusive“ wird „All included“. Aus Solidarität wird Gerechtigkeit. Eine Einsicht, die schon Gerhard Weisser treffend beschrieben hat:

„Ohne Zweifel hat eine Gesellschaft solidarisch Handelnder einen hohen kulturellen Rang. Aber niemand wird behaupten können, daß unsere prinzipiell marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung auf der Erwartung eines allgemein solidarischen Verhaltens aufgebaut ist. Es läßt sich nur sagen, daß auch der extremste Liberalist diese Ordnung an dem Gebot der Gerechtigkeit mißt. ... Die Forderung ‚handle gerecht‘ hat eben einen ganz anderen Inhalt als die Forderung ‚handle solidarisch‘. ... Der Staat sollte nur das erzwingen, was die Gerechtigkeit gebietet.“⁸³

Hiermit kommt die Politik ins Spiel, die ihrerseits eben nicht auf Solidarität und Moral aufbaut, sondern den Anforderungen der Gerechtigkeit unterworfen ist bzw. sein sollte. Es muss das Ziel einer integrativen Wirtschafts- und Sozialpolitik in einer modernen Marktwirtschaft sein, Strukturen der Gerechtigkeit, nicht der Moral, in den Rahmenbedingungen systematisch zu verankern. Um Karl Homann neu zu formulieren: „Der systematische Ort der *Gerechtigkeit* in einer Marktwirtschaft ist die Rahmenordnung.“ Diese Differenz zwischen Moral und Gerechtigkeit hat mehr als nur eine semantische Bedeutung. Die Differenz von Moral und Gerechtigkeit macht es einsichtig, dass es um unterschiedliche Bedingungen und Anforderungen geht, unter denen sich Normativität als Moral einerseits und als Gerechtigkeit andererseits bildet. Der Verpflichtungscharakter von Moral ergibt sich eben nicht aus der rationalen Einsicht in die Vorteilhaftigkeit moralischer Bindungen und kann so auch nicht einfach in eine Anreizethik umgesetzt werden⁸⁴, sondern Moral ist – wie oben angesprochen – ein notwendiges Phänomen des je individuellen Entwicklungsprozesses im Kontext überschaubarer Beziehungen. Die Forderung nach Gerechtigkeit hingegen beruht gerade auf der aufgeklärten Einsicht, dass moderne gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen nicht auf einen „metaphysischen Rest“ von Moralität gründen, sondern auf Systemzusammenhängen.⁸⁵ Diese Systemzusammenhänge zu strukturieren und – wo möglich – dem In-

⁸¹ Kaufmann (1997/2002), S. 250. Hier findet sich auch eine ausführliche Herleitung des Begriffs der Inklusion, insbesondere auch in den Bezügen zu den Soziologien von Parsons und Luhmann.

⁸² Luhmann (1980), S. 31. Siehe auch Kaufmann (2003), S. 170.

⁸³ Weisser (1960), S. 62 f. Vgl. Dux (2004), S. 274. Für die Genese einer Idee der Gerechtigkeit siehe Dux (2003c).

⁸⁴ Hier in deutlicher Abgrenzung zu Pies (2000b).

⁸⁵ Anders als in der Konzeption von Karl Homann ist dann nicht mehr eine als Eigeninteresse rekonstruierte Moral die „Kontrollinstanz“ des Marktes, sondern die aufgeklärte Einsicht in die Forderung nach Gerechtigkeit. Folglich ist es auch nicht die Aufgabe von Institutionen „moralisches Verhalten zu prämiieren und unmoralisches Verhalten zu sanktionieren“ (Homann 2004, S. 54) – wobei auch bei Homann ungeklärt bleibt, nach welchem Bewertungsmaßstab dies überhaupt möglich ist –, sondern Institutionen

teresse der Bürger entsprechend zu gestalten, ist die Anforderung einer modernen Gerechtigkeitskonzeption. Mit den Anforderungen der Gerechtigkeit an die Politik ist aber die Strukturebene der gesellschaftlichen Verfassung angesprochen.⁸⁶ Die staatliche Aufgabe (ganz im Sinne der ordoliberalen Tradition) liegt dann aber hierin: „Der Staat muß in der Lage sein, dem ökonomischen System von außen Bedingungen seiner Operationalität zu setzen.“⁸⁷ Dass dies in der Moderne, zumal unter den Bedingungen der Globalisierung, zunehmend schwieriger geworden ist, ist unbestritten. Nichtsdestotrotz bleibt es die zentrale Aufgabe des Sozialstaats.

Mittels der Integration in die Gesellschaft, lässt sich nun der Konstruktionsplan für die Brücke von der Sozial- zur Wirtschaftspolitik näher beschreiben. Gelingt es, gesellschaftliche Steuerung eben auch als gesellschaftliche Aufgabe zu begreifen und sie nicht in juristisch-etatistische Lösungsansätze einerseits oder in einem universellen Wettbewerbsfideismus andererseits aufzuheben⁸⁸, sondern im Zusammenwirken verschiedener Steuerungs- und Ordnungsprinzipien anzugehen, können Potentiale für eine umfassende Integration in die Gesellschaft gewonnen werden: „Die ordnungspolitische Fragestellung bezieht sich ... auf die Ordnung des Verhältnisses zwischen gesellschaftlichen Funktionssystemen – oder institutionentheoretisch formuliert: sie bezieht sich auf die Klärung des Verhältnisses unterschiedlicher Regelungskomplexe moderner Gesellschaften unter dem Gesichtspunkt ihrer wechselseitigen Verträglichkeit.“⁸⁹ Die Instrumente hierfür sind zwar plural (öffentlich-rechtlich, marktwirtschaftlich oder assoziativ), ihre Zielperspektive (die Inklusion des Einzelnen) ist aber einheitlich. Zentrale „Stellschraube“ der Inklusion der Einzelnen in einer modernen Marktwirtschaft ist natürlich die Integration in den Arbeitsmarkt als Zugangsweg zum ökonomischen System. Ohne hier dauerhaft Lösungen anzubieten, wird jede Sozialpolitik scheitern müssen. Darüber hinaus sind es vor allem Fragen der politischen Teilhaberechte, der inneren Befriedung sowie der politischen und schulischen Bildungsmöglichkeiten, die konkret beantwortet werden müssen, um eine Integration des Einzelnen in die Gesellschaft zu ermöglichen.⁹⁰

F. Schlussbetrachtungen

„Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden?“ – hierauf kann man nur mit einem klaren „Nein“ antworten. Der Versuch, einzelne gesellschaftliche Sektoren wie die Produktion oder den Konsum sozialer Dienstleistungen beharrlich den Bedingungen der Moderne (und das ist das ökonomische System) zu entziehen, würde

sollten solche Rahmenbedingungen hervorbringen, die es *tendenziell* jedem Mitglied der Gesellschaft ermöglichen, entsprechend seinen eigenen Zielen und Zwecken zu handeln.

⁸⁶ Folglich wird ersichtlich, dass die Reformen der sozialen Sicherungssysteme zugleich mit der Reform der politischen „Spielregeln“ verknüpft sind. Siehe hierzu: *Wohlgemuth* (Hrsg.) (2005).

⁸⁷ *Dux* (2001), S. 491.

⁸⁸ Siehe zu diesem Widerspruch: *Kaufmann* (1999/2002), S. 262.

⁸⁹ *Kaufmann* (1999/2002), S. 287.

⁹⁰ Siehe z.B. *Zintl* (2000).

dauerhaft zu Verwerfungen führen. Auch die soziale Leistungsfähigkeit der Gesellschaft im Sinne gesellschaftlich organisierter Wohlfahrt ist gebunden an die Effizienz des ökonomischen Systems. Entsprechend ist die Durchsetzung dieser Effizienz geradezu die Voraussetzung für ein gesellschaftlich hohes Niveau sozialer Dienstleistungen. Das Zusammenspiel zwischen Leistungsträgern, Kostenträgern und Leistungsempfängern in der Sozialwirtschaft erfordert die Anerkennung dieser funktionalen Effizienz. Jedoch ist dieser funktionalen Effizienz der Ökonomie der „Gesellschaftszweck“ entgegenzustellen. Das Argument für eine ökonomisch effiziente Ausgestaltung sozialer Dienstleistungen ergibt sich eben nicht aus der ökonomischen Effizienz selbst („Effizienz als Norm“), sondern aus der Möglichkeit, dem Einzelnen bestmöglich zu dienen („Effizienz als Instrument“). Wo sich Widersprüche zwischen diesen Rationalitäten auftun, gilt es zunächst, den Widerspruch wahrzunehmen und ihn schöpferisch zu erörtern. „Wissenschaftsökonomisch“ ist eine solche Vorgehensweise – im Vergleich zur Eleganz einer „produktiven Sozialpolitik“ und „orthogonalen Positionierung“⁹¹ – sicherlich enttäuschend, für eine realistische Konzeption von Sozialpolitik und Sozialwirtschaft aber wohl unausweichlich.

„Gibt es einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialethischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive?“ – hierauf kann man nur mit einem klaren „Ja“ antworten, zumindest solange man mit der sozialethischen Sicht eine explizit moralische Dimension verbindet. Unter den Bedingungen der Moderne haben sich der moralische Anspruch, jeweils ausgebildet in den kleinen Gemeinschaften des alltäglichen Lebens, und die systemischen Anforderungen der Marktgesellschaft auseinander entwickelt. Wirtschaft und Moral finden sich in verschiedenen Lebensbereichen wieder, ihr Zusammentreffen ist nicht mehr mit Notwendigkeit gegeben. An die Stelle der Moral tritt die Gerechtigkeit als normatives Postulat und aufgeklärte sozialethische Perspektive. In der Forderung nach Gerechtigkeit liegt der Vermittlungsprozess zwischen den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hierfür gilt es, vermehrt die Strukturen der Gesellschaft und ihre Begründungsstrukturen in den Blick zu nehmen und sie zur Zielgröße des politischen Prozesses werden zu lassen. So wie im Rahmen einer quantitativen Sozialpolitik soziale Sicherung gerade durch die politische Sicherung der Effizienz des ökonomischen Systems gewonnen wurde, können die Bedingungen des ökonomischen Systems (namentlich Rechtsgleichheit und Privilegienfreiheit) nur durch eine dauerhaft qualitative Sozialpolitik und die Inklusion des Einzelnen in das ökonomische System sichergestellt werden. Hierbei mag eine Perspektive helfen, die – im Anschluss an das Projekt der Freiburger Schule – als „Sozialpolitik mit dem Markt“ vorgestellt wurde.

Diese Sichtweise scheint im Übrigen mittlerweile auch im Rahmen einer theologischen Sozialethik ihren Platz gefunden zu haben. Das im Jahr 2003 von der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischofskonferenz vorgelegte Impulspapier unterstreicht den hier skizzierten Ansatz:

„Ein integrales Verständnis von sozialer Politik bedeutet zweierlei: Erstens muss alles, was gegenwärtig als ‚Sozialpolitik‘ verstanden wird, an seinen Folgen für die Menschen, vor allem für die Ausgeschlossenen und kommenden Generationen, gemessen werden – und nicht nur an der guten Absicht oder an der Binnenlogik der Systeme. ... Zweitens müssen alle jene Politikfelder zur Sozialpolitik in Bezug gesetzt werden, die außerhalb der traditionellen Sozialpolitik angesiedelt sind, die aber für die

⁹¹ Siehe Pies (2000a).

soziale Entwicklung viel entscheidender sein können als vieles, was innerhalb der Sozialpolitik mit viel Aufwand gepflegt wird.“⁹²

Auf Seiten der Sozialethik wäre damit ein Ansatz eingefordert, der als Ordnungsethik zu entwickeln wäre. Ein Projekt, dem ich hier freilich nicht weiter nachgehen kann.⁹³

Um es zusammenzufassen: Eine Brücke über den „garstig breiten Graben“ wird nur dann gesellschaftliche Stabilität besitzen, wenn sie sich der sorgsamsten Analyse des sozialwissenschaftlichen „Ingenieurs“ sicher sein kann und weder den moralisierenden Propheten noch den ökonomistischen Demagogen folgt:

„Die Mannigfaltigkeiten der Ordnungsformen, der Zusammenhang aller ökonomischen Erscheinungsformen und die Interdependenz der Ordnungen sind bei jedem wirtschaftspolitischen Akt wesentlich. Sie durch ‚Propheten‘ oder ‚Demagogen‘ lösen zu lassen, ist ebenso klug, wie den Bau von Brücken oder Maschinen ‚Propheten‘ oder ‚Demagogen‘ zu übertragen.“⁹⁴

Literatur

Achinger, Hans (1955/1971): Zur Problematik der Einkommensumverteilung, wiederabgedruckt in: *Külp, Bernhard / Schreiber, Wilfrid* (Hrsg./1971): Soziale Sicherheit, Köln, Berlin, S. 199–207.

Achinger, Hans (1958): Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik – Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat, Hamburg.

Achinger, Hans (1959): Gefahren der Institutionalisierung in der Sozialpolitik, in: Sinnvolle und sinnwidrige Sozialpolitik. Vorträge und Diskussionen der zwölften Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 22. und 23. Januar 1959 in Bad Godesberg, Ludwigsburg, S. 51–63.

Achinger, Hans (1963): Sozialpolitik und Wissenschaft, Stuttgart.

Amstad, Alois (1985): Das Werk von Goetz Briefs als Beitrag zu Sozialwissenschaft und Gesellschaftskritik aus der Sicht christlicher Sozialphilosophie, Berlin.

Blümle, Gerold / Goldschmidt, Nils (2003): Sozialpolitik als Technik? Die Entstehung einer ökonomischen Soziallehre und die Grenzen ihrer Anwendbarkeit – Lehren aus der Theoriegeschichte, in: *Berthold, Norbert / Gundel, Elke* (Hrsg./2003): Theorie der sozialen Ordnungspolitik, Stuttgart, S. 11–33.

Blümle, Gerold / Goldschmidt, Nils (2004): Sozialpolitik mit dem Markt. Sozialstaatliche Begründung und wirtschaftliche Ordnung, in: Die Neue Ordnung 58, S. 180–193.

Böhm, Franz (1966/1980): Privatrechtsgesellschaft und Marktwirtschaft, wiederabgedruckt in: *Ders.* (1980): Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft. Herausgegeben von Ernst-Joachim Mestmäcker, Baden-Baden, S. 105–168.

⁹² *Deutsche Bischofskonferenz* (2003), S. 22.

⁹³ Für einen ersten Entwurf siehe *Glatzel* (2000).

⁹⁴ *Eucken* (1952/2004), S. 341.

- Briefs, Götz* (1923): [Redebeitrag], in: Die Zukunft der Sozialpolitik. Die Not der geistigen Arbeiter. Jubiläumstagung des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik 163), München, Leipzig, S. 136–139.
- Briefs, Götz* (1924): Zur Krisis der Sozialpolitik, in: Kölner Sozialpolitische Vierteljahresschrift 3, S. 5–16.
- Buchanan, James M.* (1990). The Domain of Constitutional Economics, in: Constitutional Political Economy 1, S. 1–18.
- Deutsche Bischofskonferenz / Kommission für Gesellschaftliche und Soziale Fragen* (2003): Das Soziale neu denken: für eine langfristig angelegte Reformpolitik, Bonn.
- Dux, Günter* (2000): Historisch-genetische Theorie der Kultur. Instabile Welten. Zur prozessualen Logik im kulturellen Wandel, Weilerswist.
- Dux, Günter* (2001): Das Recht als Problem der Gesellschaft. Demokratie im Sozialstaat, in: *Dux, Günter / Welz, Frank* (Hrsg./2001): Moral und Recht im Diskurs der Moderne. Zur Legitimation gesellschaftlicher Ordnung, Opladen, S. 399–433.
- Dux, Günter* (2003a): Das Subjekt in der Grenze der Gesellschaft, in: *Psarros, Nikos / Stekeler-Weithofer, Pirmin / Vobruba, Georg* (Hrsg./2003): Die Entwicklung sozialer Wirklichkeit. Auseinandersetzungen mit der historisch-genetischen Theorie der Gesellschaft, Weilerwist, S. 233–267.
- Dux, Günter* (2003b): Der Grund des Sollens. Kritische Anmerkungen zur „Ethik der Selbstbindung“, in: *Erwägen – Wissen – Ethik* 14, S. 596–598.
- Dux, Günter* (2003c): Gerechtigkeit: Die Genese einer Idee, in: *Dölling, Dieter* (Hrsg./2003): Jus Humanum. Festschrift für Ernst-Joachim Lampe zum 70. Geburtstag, Berlin, S. 81–105.
- Dux, Günter* (2004): Die Moral in der prozessualen Logik der Moderne. Warum wir sollen, was wir sollen, 2. Aufl., Weilerswist.
- Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils* (2005): Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung. Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive, in: *Haubner, Dominik / Mezger, Erika / Schwengel, Hermann* (Hrsg./2005): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg, S. 51–70.
- Erhard, Ludwig* (1957): Wohlstand für alle, Düsseldorf.
- Erhard, Ludwig* (1965/1988): Formierte Gesellschaft. Rede vor dem 13. Bundesparteitag der CDU, Düsseldorf, 31. März 1965, in: *Ders.* (1988): Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften. Herausgegeben von Karl Hohmann, Düsseldorf, Wien, New York, S. 915–927.
- Eucken, Walter* (1948): Die soziale Frage, in: *Salin, Edgar* (Hrsg./1948): Synopsis. Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg, S. 113–131.
- Eucken, Walter* (1949): Von der alten zur neuen Wirtschaftspolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.12.1949, S. 11.
- Eucken, Walter* (1952/2004): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 7. Aufl., Tübingen.
- Glatzel, Norbert* (2000): „Soziale Gerechtigkeit“ – ein umstrittener Begriff, in: *Nothelle-Wildfeuer, Ursula / Glatzel, Norbert* (Hrsg./2000): Christliche Sozialethik im Dialog. Zur Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Graftschaft, S. 134–150.

- Goldschmidt, Nils* (2004): Zur Theorie der Sozialpolitik. Implikationen aus ordnungsökonomischer Perspektive, in: *Goldschmidt, Nils / Wohlgemuth, Michael* (Hrsg./2004): Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen, Tübingen, S. 63–95.
- Goldschmidt, Nils / Klinckowstroem, Wendula Gräfin v.* (2005): Elisabeth Liefmann-Keil – Eine frühe Ordoliberalen in dunkler Zeit, in: *Goldschmidt, Nils* (Hrsg./2005): Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen, S. 177–204.
- Goldschmidt, Nils / Remmele, Bernd* (2005): Anthropology as the basic science of economic theory: towards a cultural theory of economics, in: *Journal of Economic Methodology* 12, S. 455–469.
- Gutowski, Armin / Merklein, Renate* (1985): Arbeit und Soziales im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 30, S. 49–67.
- Hayek, Friedrich A. v.* (1996): Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen.
- Hayek, Friedrich A. v.* (1973-9/2003): Recht, Gesetz und Freiheit. Eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie (= Gesammelte Schriften in deutscher Sprache, B4), Tübingen.
- Herkner, Heinrich* (1923): Eröffnung und Begrüßung, in: Die Zukunft der Sozialpolitik. Die Not der geistigen Arbeiter. Jubiläumstagung des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik 163), München, Leipzig, S. 75–99.
- Homann, Karl* (1994): Ethik und Ökonomik. Zur Theoriestrategie der Wirtschaftsethik, in: *Homann, Karl* (Hrsg./1994): Wirtschaftsethische Perspektiven. Band. 1: Theorie, Ordnungsfragen, Internationale Institutionen, Berlin, S. 9–30.
- Homann, Karl* (1997): Sinn und Grenze der ökonomischen Methode in der Wirtschaftsethik, in: *Aufderheide, Detlef / Dabrowski, Martin* (Hrsg./1997): Wirtschaftsethik und Moralökonomie. Normen, soziale Ordnung und der Beitrag der Ökonomik, Berlin, S. 11–42.
- Homann, Karl* (2000/2003): Taugt die abendländisch-christliche Ethik noch für das 21. Jahrhundert? Wiederabgedruckt in: *Homann, Karl* (2003): Anreize und Moral. Gesellschaftstheorie – Ethik – Anwendungen. Herausgegeben von Christoph Lütge, Münster, S. 3–25.
- Homann, Karl* (2001): Ökonomik: Fortsetzung der Ethik mit anderen Mitteln, in: *Siebeck, Georg* (Hrsg./2001): *Artibus ingenuis*. Beiträge zu Theologie, Philosophie, Jurisprudenz und Ökonomik, Tübingen, S. 85–110.
- Homann, Karl* (2001/2003): Die Funktion von Werten in der modernen Gesellschaft, wiederabgedruckt in: *Homann, Karl* (2003): Anreize und Moral. Gesellschaftstheorie – Ethik – Anwendungen. Herausgegeben von Christoph Lütge, Münster, S. 69–85.
- Homann, Karl* (2003): Reformstau in der Sozialpolitik – Ein Beitrag zur Strukturierung der Diskussion, in: *Berthold, Norbert / Gundel, Elke* (Hrsg./2003): Theorie der sozialen Ordnungspolitik, Stuttgart, S. 107–117.
- Homann, Karl* (2004): Braucht die Wirtschaftsethik eine „moralische Motivation“? In: *Arnold, Volker* (Hrsg./2004): Wirtschaftsethische Perspektiven VII: Methodische

Grundsatzfragen, Unternehmensethik, Verteilungsfragen, Gentechnik und Fragen der medizinischen Ethik, Berlin: Duncker & Humblot, S. 33–60.

Homann, Karl / Blome-Drees, Franz (1992): Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen.

Homann, Karl / Pies, Ingo (1996): Sozialpolitik für den Markt: Theoretische Perspektiven konstitutioneller Ökonomik, in: *Pies, Ingo / Leschke, Martin* (Hrsg./1996): James Buchanans konstitutionelle Ökonomik, Tübingen, S. 203–239.

Kaufmann, Franz-Xaver (1997/2002): Schwindet die integrative Funktion des Sozialstaates? Wiederabgedruckt in: *Ders.* (2002): Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen, Opladen, S. 241–260.

Kaufmann, Franz-Xaver (1999/2002): Sozialstaatlichkeit unter den Bedingungen moderner Wirtschaft, wiederabgedruckt in: *Ders.* (2002): Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen, Opladen, S. 261–296.

Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Sozialpolitisches Denken. Die deutsche Tradition, Frankfurt a.M.

Kleinhenz, Gerhard (1989): Das Elend der Nationalökonomie mit der Sozialpolitik. Ein Versuch, den unfruchtbaren Diskurs über den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik zu überwinden und der Interdependenz von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Wohlfahrtsökonomik und in einer „neuen ökonomischen Theorie der Sozialpolitik“ Rechnung zu tragen, in: *Vobruba, Georg* (Hrsg./1989): Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik, Berlin, S. 89–107.

Kleinhenz, Gerhard (1997): Sozialstaatlichkeit in der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Eine ordnungspolitische Fundierung der Sozialstaatsreform, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 216, S. 392–412.

Lampert, Heinz (1990): Notwendigkeit, Aufgaben und Grundzüge einer Theorie der Sozialpolitik, in: *Thiemeyer, Theo* (Hrsg./1990): Theoretische Grundlagen der Sozialpolitik, Berlin, S. 9–71.

Lampert, Heinz (1992): Leistungen und Grenzen der „Ökonomischen Theorie der Sozialpolitik“, in: *Herder-Dorneich, Philip / Zerche, Jürgen / Engelhardt, Werner W.* (Hrsg./1992): Sozialpolitiklehre als Prozeß, Baden-Baden, S. 115–130.

Lampert, Heinz (2001): Walter Eucken als Sozialpolitiker. Zur sozialpolitischen Konzeption in Walter Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“, in: *Schulz-Nieswand, Frank* (Hrsg./2001): Einzelwissenschaften und Sozialpolitik zwischen Markt und Staat in Industrie- und Entwicklungsländern. Festschrift für Werner Wilhelm Engelhardt zum 75. Geburtstag, Marburg, S. 181–192.

Lampert, Heinz (2003): Kann der Sozialstaat gerettet werden?, Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe, Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Augsburg, Beitrag Nr. 247, August 2003.

Lampert, Heinz (2005): Die Diskussion um die Krise und die Reform des Sozialstaates in der Bundesrepublik und ihre Defizite, in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 56, S. 1–30.

Lampert, Heinz / Bossert, Albrecht (1987): Die Soziale Marktwirtschaft – eine theoretisch unzulänglich fundierte ordnungspolitische Konzeption? In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 32, S. 109–130.

- Lessing, Gotthold Ephraim* (1777/1979): Über den Beweis des Geistes und der Kraft (1777), in: *Ders.* (1979): Werke. Herausgegeben von Herbert G. Göpfert. 8. Band: Theologiekritische Schriften III, Philosophische Schriften. Bearbeitet von Helmut Göbel, München, S. 9–14.
- Liefmann-Keil, Elisabeth* (1961): Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin, Göttingen, Heidelberg.
- Luhmann, Niklas* (1980): Gesellschaftsstruktur und Semantik. Band 1, Frankfurt a.M.
- Oakes, Guy* (1990): Die Grenzen kulturwissenschaftlicher Begriffsbildung, Frankfurt a.M.
- Ohlig, Karl-Heinz* (1996): Gibt es den ‚garstig breiten Graben?‘, in: *Larcher, Gerhard / Müller, Klaus / Pröpfer, Thomas* (Hrsg./1996): Hoffnung, die Gründe nennt. Zu Hansjürgens Verweyens Projekt einer erstphilosophischen Glaubensverantwortung, Regensburg, S. 205–214.
- Pies, Ingo* (1998a): Liberalismus und Normativität: Zur Konzeptualisierung ökonomischer Orientungsleistungen für demokratische Politikdiskurse, in: *Klemmer, Paul / Becker-Soest, Dorothee / Wink, Rüdiger* (Hrsg./1998): Liberale Grundrisse einer zukunftsfähigen Gesellschaft, Baden-Baden, S. 45–78.
- Pies, Ingo* (1998b): Theoretische Grundlagen einer Konzeption der ‚sozialen Marktwirtschaft‘: Normative Institutionenökonomik als Renaissance der klassischen Ordnungstheorie, in: *Cassel, Dieter* (Hrsg./1998): 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft, Stuttgart, S. 98–132.
- Pies, Ingo* (2000a): Ordnungspolitik in der Demokratie. Ein ökonomischer Ansatz diskursiver Politikberatung, Tübingen.
- Pies, Ingo* (2000b): Wirtschaftsethik als ökonomische Theorie der Moral – Zur fundamentalen Bedeutung der Anreizanalyse für ein modernes Ethikparadigma, in: *Gaertner, Wulf* (Hrsg./2000): Wirtschaftsethische Perspektiven V: Methodische Ansätze, Probleme der Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit, Ordnungsfragen, Berlin: Duncker & Humblot, S. 11–33.
- Pütz, Theodor* (1954): Neue Wege der Sozialpolitik, Wien.
- Rauchenschwandtner, Hermann* (2005): Die erkenntniskritische Grundlegung der Ökonomie am Leitfaden der Bedarfsdeckungswirtschaft Friedrich von Gottl-Ottlilienfelds, in: *Benedikt, Michael / Knoll, Reinhold / Zehetner, Cornelius* (Hrsg./2005): Verdrängter Humanismus – verzögerte Aufklärung. Band V: Im Schatten der Totalitarismen. Vom philosophischen Empirismus zur kritischen Anthropologie. Philosophie in Österreich 1920-1951, Wien, S. 486–499.
- Riedel, Christoph A.* (1999): Zur Personalisation des Vollzuges der Wissenschaftslehre J. G. Fichtes. Die systematische Funktion des Begriffs „Hiatus irrationalis“ in den Vorlesungen zur Wissenschaftslehre in den Jahren 1804/05, Stuttgart.
- Röpke, Wilhelm* (1979): Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 6. Aufl., Bern, Stuttgart.
- Rüstow, Alexander* (1959/1971): Sozialpolitik diesseits und jenseits des Klassenkampfes, in: *Külp, Bernhard / Schreiber, Wilfrid* (Hrsg./1971): Soziale Sicherheit, Köln, Berlin, S. 17–26.
- Schönig, Werner* (2001). Rationale Sozialpolitik. Die Produktion von Sicherheit und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften und ihre Implikationen für die ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin.

- Schreiber, Wilfrid* (1959): [Diskussionsbeitrag], in: Sinnvolle und sinnwidrige Sozialpolitik. Vorträge und Diskussionen der zwölften Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 22. und 23. Januar 1959 in Bad Godesberg, Ludwigsburg, S. 70–74.
- Schumpeter, Joseph A.* (1926): Gustav v. Schmoller und die Probleme von heute, in: Schmollers Jahrbuch 50, S. 337–388.
- Tönnies, Ferdinand* (1887): Gemeinschaft und Gesellschaft: Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Kulturformen, Leipzig.
- Ulrich, Peter* (2001): Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 3. Aufl., Bern, Stuttgart, Wien.
- Vanberg, Viktor* (2000): Der konsensorientierte Ansatz der konstitutionellen Ökonomik, in: *Leipold, Helmut / Pies, Ingo* (Hrsg./2000): Ordnungstheorie und Ordnungspolitik. Konzeptionen und Entwicklungsperspektiven, Stuttgart, S. 251–276.
- Vanberg, Viktor* (2001): Konstitutionenökonomische Überlegungen zum Konzept der Wettbewerbsfreiheit, in: *ORDO* 52, S. 37–62.
- Vanberg, Viktor* (2002): Soziale Sicherheit, Müller-Armacks ‚Soziale Irenik‘ und die ordoliberalen Perspektive, in: *Hasse, Rolf H. / Quaas, Friedrun* (Hrsg./2002): Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept, Bern, S. 227–260.
- Vanberg, Viktor* (2003): Konsumentensouveränität und Bürgersouveränität: Steuerungsideale für Markt und Politik, in: *Czada, Roland / Zintl, Reinhard* (Hrsg./2003): Politik und Markt, Wiesbaden, S. 48–65.
- Vanberg, Viktor* (2004a): Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft zwischen Prinzipien- und Klugheitsfragen. Einige einführende Bemerkungen, in: *Goldschmidt, Nils / Wohlgemuth, Michael* (Hrsg./2004): Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen, Tübingen, S. 3–8.
- Vanberg, Viktor* (2004b): Sozialstaatsreform und die soziale Gerechtigkeit, in: *Politische Vierteljahresschrift* 45, S. 173–180.
- Vanberg, V.* (2004c): The *Status Quo* in Contractarian-Constitutionalist Perspective, in: *Constitutional Political Economy* 15 (2), S. 153–170.
- Verweyen, Hansjürgen* (2002): Gottes letztes Wort. Grundriß der Fundamentaltheologie, 4. Aufl., Regensburg.
- Weber, Max* (1903-6/1922): Roscher und Knies und die logischen Probleme der historischen Nationalökonomie, in: *Ders.* (1922): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, S. 1–145.
- Weisser, Gerhard* (1959): Art. „Distribution (II)“, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Zweiter Band, Stuttgart, S. 635–654.
- Weisser, Gerhard* (1960): Soziale Sicherheit für alle, in: *Wo ist Sicherheit? Eine Vortragsreihe*, Stuttgart, S. 51–63.
- Wendt, Siegfried* (1959/1971): Bemerkungen über das Verhältnis von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, wiederabgedruckt in: *Külp, Bernhard / Schreiber, Wilfrid* (Hrsg./1971): Soziale Sicherheit, Köln, Berlin, S. 76–93.
- Wohlgemuth, Michael* (Hrsg./2005): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg.

Zintl, Reinhard (2000): Die libertäre Sozialstaatskritik bei von Hayek, Buchanan und Nozick, in: *Kersting, Wolfgang* (Hrsg./2000): Politische Philosophie des Sozialstaats, Weilerwist, S. 95–119.

Zwiedineck-Südenhorst, Otto v. (1911): Sozialpolitik, Leipzig und Berlin.

Zwiedineck-Südenhorst, Otto v. (1932): Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Berlin.

Zwiedineck-Südenhorst, Otto v. (1955): Gefühltes – Erstrebtes – Erkanntes, in: *Ders.* (1955): Mensch und Wirtschaft. Aufsätze und Abhandlungen zur Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Erster Band, Berlin.

Freiburger **Diskussionspapiere** zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussion Papers** on Constitutional Economics

- 98/1** **Vanberg, Viktor J.:** Markets and Regulation – On the Contrast Between Free-Market Liberalism and Constitutional Liberalism. Published in: Constitutional Political Economy Vol. 10 No. 3, October 1999, p. 219-243.
- 98/2** **Pejovich, Svetozar:** Toward a Theory of the Effects of the Interaction of Formal and Informal Institutions on Social Stability and Economic Development.
- 99/1** **Vanberg, Viktor J.:** Standortwettbewerb und Demokratie. Veröffentlicht in: S. Frick, R. Penz, J. Weiß (Hrsg.): Der freundliche Staat. Kooperative Politik im institutionellen Wettbewerb, Marburg: Metropolis 2001, S. 15-75.
- 99/1A** **Vanberg, Viktor J.:** Globalization, Democracy and Citizens' Sovereignty: Can Competition Among Governments Enhance Democracy? Published in: Constitutional Political Economy, Vol. 11, No. 1, March 2000, p. 87-112.
- 99/2** **Vanberg, Viktor J.:** Ordnungsökonomik und Ethik. Zur Interessenbegründung von Moral. Veröffentlicht in: B. Külp, V. J. Vanberg (Hrsg.): Freiheit und wettbewerbliche Ordnung, Haufe Verlagsgruppe: Freiburg, Berlin, München, 2000, S. 579-605.
- 99/2A** **Vanberg, Viktor J.:** Constitutional Economics and Ethics – On the Relation Between Self-Interest and Morality. Published in: G. Brennan, H. Kliemt, R. D. Tollison (eds.): Methods and Morals in Constitutional Economics – Essays in Honor of James M. Buchanan, Berlin, Heidelberg: Springer 2002, p. 485-503.
- 99/3** **Cassel, Susanne:** Die Rolle von Think Tanks im US-amerikanischen Politikberatungsprozess. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 51, 2000, S. 203-230.
- 00/1** **Sideras, Jörn:** Systems Competition and Public Goods Provision. Veröffentlicht in: Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, Band 19, Tübingen: Mohr Siebeck, 2000, S. 157-178.
- 00/2** **Vanberg, Viktor J.:** Markets and the Law. Published in: N. J. Smelser, P. B. Baltes (eds.): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, Vol. 14, Amsterdam et al.: Elsevier 2001, p. 9221-9227.
- 00/3** **Vanberg, Viktor J.:** F.A. von Hayek. Published in: N. J. Smelser, P. B. Baltes (eds.): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, Vol. 10, Amsterdam et al.: Elsevier 2001, p. 6482-6486.
- 00/4** **Vanberg, Viktor J.:** Der konsensorientierte Ansatz der konstitutionellen Ökonomik. Veröffentlicht in: H. Leipold, I. Pies (Hrsg.): Ordnungstheorie und Ordnungspolitik - Konzeptionen und Entwicklungsperspektiven, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 64, Stuttgart, 2000, S. 251-276.
- 00/5** **Vanberg, Viktor J.:** Functional Federalism: Communal or Individual Rights? On B. S. Frey's and R. Eichenberger's Proposal for a "New Federalism". Published in: KYKLOS, Vol. 53, 2000, p. 363-386.
- 00/6** **Zoll, Ingrid:** Zwischen öffentlicher Meinung und ökonomischer Vernunft: Individuelle Meinungen über Globalisierung und Wettbewerb. Veröffentlicht in: W. Ötsch, S. Panther (Hrsg.): Ökonomik und Sozialwissenschaft. Ansichten eines in Bewegung geratenen Verhältnisses, Marburg: Metropolis 2002, S. 179-210.
- 01/1** **Sideras, Jörn:** Konstitutionelle Äquivalenz und Ordnungswahl. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 52, 2001, S. 103-129.
- 01/2** **Märkt, Jörg:** Knut Wicksell: Begründer einer kritischen Vertragstheorie? Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 52, 2001, S. 189-214.
- 01/3** **Stamm, Hansueli:** Institutioneller Rahmen des Electronic Commerce: Eine ordnungsökonomische Analyse am Beispiel der digitalen Signatur.

- 01/3A Stamm, Hansueli:** Institutional Framework of Electronic Commerce: A Constitutional Economic Analysis of the Problems With Digital Signatures.
- 01/4 Vanberg, Viktor J.:** Evolutorische Ökonomik: Homo Oeconomicus, Markt und Institutionen. Veröffentlicht in: A. Diekmann, R. Moser (Hrsg.): Evolution in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Bern, Stuttgart, Wien: Haupt 2003, S. 117-137.
- 01/5 Vanberg, Viktor J.:** Rational Choice vs. Program-based Behavior: Alternative Theoretical Approaches and their Relevance for the Study of Institutions. Published in: Rationality & Society, Vol. 14, 2002, p. 7-53.
- 01/6 Vanberg, Viktor J.:** Citizens' Sovereignty and Constitutional Commitments: Original vs. Continuing Agreement. Published in: A. Breton, G. Galeotti, P. Salmon, R. Weintrobe (eds.): Rational Foundations of Democratic Politics, Cambridge: Cambridge University Press 2003, p. 198-221.
- 02/1 Vanberg, Viktor J.:** F. A. Hayek und die Freiburger Schule. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 54, 2003, S. 3-20.
- 02/2 Pelikan, Pavel:** Why Economic Policies Need Comprehensive Evolutionary Analysis. Published in: P. Pelikan, G. Wegner (eds.): The Evolutionary Analysis of Economic Policy, Cheltenham, Northampton: Elgar 2003, p. 15-45.
- 02/3 Märkt, Jörg:** Armutsexternalitäten: Verfassungsökonomische Rechtfertigung einer kollektiven Grundsicherung. Veröffentlicht in: Analyse & Kritik 25, 2003, S. 80-100.
- 02/4 Märkt, Jörg:** Zur Methodik der Verfassungsökonomik. Die Aufgabe eines vertrags-theoretisch argumentierenden Ökonomen.
- 02/5 Vanberg, Viktor J.:** Rationalitätsprinzip und Rationalitätshypothesen: Zum methodo-logischen Status der Theorie rationalen Handelns. Veröffentlicht in: H. Siegenthaler (Hrsg.): Rationalität im Prozess kultureller Evolution. Rationalitätsunterstellungen als eine Bedingung der Möglichkeit substantieller Rationalität des Handelns, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 33-63.
- 02/6 Schnellenbach, Jan:** The Evolution of a Fiscal Constitution When Individuals are Theoretically Uncertain. Published in: European Journal of Law & Economics, Vol. 17, 2004, p. 97-115.
- 02/7 Wohlgemuth, Michael:** Schumpeterian Political Economy and Downsian Public Choice: Alternative economic theories of democracy. Published in: A. Marciano, J.-M. Josselin (eds.): Law and the State. A Political Economy Approach, Cheltenham: Edward Elgar 2005, p. 21-57.
- 02/8 Fischer, Christian:** Europäisierung der nationalen Zivilrechte – Renaissance des institutionellen Rechtsdenkens?
- 03/1 Vanberg, Viktor J.:** Die Verfassung der Freiheit: Zum Verhältnis von Liberalismus und Demokratie. Veröffentlicht in: N. Berthold, E. Gundel (Hrsg.): Theorie der sozialen Ordnungspolitik, Stuttgart: Lucius & Lucius 2003, S. 35-51.
- 03/2 Goldschmidt, Nils / Berndt, Arnold:** Leonhard Miksch (1901–1950) – A Forgotten Member of the Freiburg School. Published in: American Journal of Economics and Sociology, Vol. 64, 2005, p. 973-998.
- 03/3 Vanberg, Viktor J.:** The Rationality Postulate in Economics: Its Ambiguity, its Deficiency and its Evolutionary Alternative. Published in: Journal of Economic Methodology, Vol. 11, 2004, p. 1-29.
- 03/4 Nau, Heino Heinrich:** Reziprozität, Eliminierung oder Fixierung? Kulturkonzepte in den Wirtschaftswissenschaften im Wandel. Veröffentlicht in: G. Blümle u.a. (Hrsg.): Perspektiven einer kulturellen Ökonomik, Münster: Lit-Verlag 2004, S. 249-269.
- 03/5 Pelikan, Pavel:** Bringing Institutions into Evolutionary Economics: Another View with Links to Changes in Physical and Social Technologies. Published in: Journal of Evolutionary Economics, Vol. 13, 2003, p. 237-258.
- 03/6 Vanberg, Viktor J.:** Bürgersouveränität und wettbewerblicher Föderalismus: Das Beispiel der EU. Veröffentlicht in: W. Schäfer (Hrsg.): Zukunftsprobleme der europäischen Verfassung, Berlin: Duncker & Humblot 2004, S. 51-86.
- 03/7 Vanberg, Viktor J.:** The Status Quo in Contractarian Constitutional Perspective. Published in: Constitutional Political Economy, Vol. 15, 2004, p. 153-170.

- 03/8** **Dathe, Uwe / Goldschmidt, Nils:** Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 54, 2003, S. 49-74.
- 03/9** **Buchanan, James M:** Same Players, Different Game: How Better Rules Make Better Politics. In deutscher Übersetzung veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 25-35.
- 03/10** **Goldschmidt, Nils:** Zur Theorie der Sozialpolitik. Implikationen aus ordnungsökonomischer Perspektive. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt, M. Wohlgemuth (Hrsg.): Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen, Tübingen: Mohr Siebeck 2004, S. 63-95.
- 04/1** **Wohlgemuth, Michael:** The Communicative Character of Capitalistic Competition. A Hayekian response to the Habermasian challenge. Published in: The Independent Review, Vol. 10 (1), 2005, p. 83-115.
- 04/2** **Vaubel, Roland:** Reformen der europäischen Politikverflechtung. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 118-134.
- 04/3** **Vanberg, Viktor J.:** Austrian Economics, Evolutionary Psychology and Methodological Dualism: Subjectivism Reconsidered. Published in: R. Koppl (ed.): Evolutionary Psychology and Economic Theory (Advances in Austrian Economics, Vol. 7), Amsterdam et al.: Elsevier 2004, p. 155-199.
- 04/4** **Commun, Patricia:** Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus: Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten.
- 04/5** **Frey, Bruno S.:** Direct Democracy for a Living Constitution. In deutscher Übersetzung veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 26-86.
- 04/6** **Vanberg, Viktor J.:** Sozialstaatsreform und ‚soziale Gerechtigkeit‘. Veröffentlicht in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 45, 2004, S. 173-180.
- 04/7** **Wohlgemuth, Michael / Sideras, Jörn:** Globalisability of Universalisability? How to apply the Generality Principle and Constitutionalism internationally.
- 04/8** **Albert, Hans:** Wirtschaft, Politik und Freiheit. Das Freiburger Erbe. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt (Hrsg.), Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 405-419.
- 04/9** **Goldschmidt, Nils / Klinckowstroem, Wendula Gräfin v.:** Elisabeth Liefmann-Keil. Eine frühe Ordoliberale in dunkler Zeit. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt (Hrsg.): Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 177-204.
- 04/10** **Vanberg, Viktor J.:** Market and State: The Perspective of Constitutional Political Economy. Published in: Journal of Institutional Economics, Vol. 1 (1), 2005, p. 23-49.
- 04/11** **Vanberg, Viktor J.:** The Freiburg School: Walter Eucken and Ordoliberalism.
- 04/12** **Goldschmidt, Nils:** Alfred Müller-Armack and Ludwig Erhard: Social Market Liberalism.
- 04/13** **Arnim, Hans Herbert von:** Reformen des deutschen Parteiensystems. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 87-117.
- 04/14** **Blankart, Charles B.:** Reform des föderalen Systems. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 135-158.
- 04/15** **Zintl, Reinhard:** Zur Reform des Verbändestaates. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 183-201.

- 05/1 Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils:** Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51-70.
- 05/2 Vanberg, Viktor J.:** Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 47-53.
- 05/3 Zweynert, Joachim / Goldschmidt, Nils:** The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change.
- 05/4 Weizsäcker, C. Christian von:** Hayek und Keynes: Eine Synthese. In veränderter Fassung veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 95-111.
- 05/5 Vanberg, Viktor J.:** Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“. Veröffentlicht in: H. Leipold, D. Wentzel (Hrsg.): Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung, Stuttgart: Lucius & Lucius 2005, S. 51-67.
- 05/6 Körner, Heiko:** Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/7 Borella, Sara:** Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdle-race. The case of migration politics in Germany.
- 05/8 Müller, Klaus-Peter / Weber, Manfred:** Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.
- 05/9 Wohlgemuth, Michael:** Politik und Emotionen: Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit, S. 359-392.
- 05/10 Goldschmidt, Nils:** Ist Gier gut? Ökonomisches Selbstinteresse zwischen Maßlosigkeit und Bescheidenheit. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit, S. 289-313.
- 05/11 Vanberg, Viktor J.:** Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“.
- 05/12 Vanberg, Viktor J.:** Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik.
- 05/13 Kersting, Wolfgang:** Der liberale Liberalismus. Notwendige Abgrenzungen.
- 06/1 Wohlgemuth, Michael:** Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt.
- 06/2 Vanberg, Viktor J.:** Democracy, Citizen Sovereignty and Constitutional Economics.
- 06/3 Marx, Reinhard:** Wirtschaftsliberalismus und Katholische Soziallehre.
- 06/4 Goldschmidt, Nils:** Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden und gibt es in dieser Frage einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialethischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive?